

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 170 SONNTAG, 13. Sept. 1936

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Papst und Diktator
Der Preis für den Locarno-Ersatz
Deutsche Justiz im Kriegsschmuck
Der Terror in Danzig

Parteitag der Kriegsbereitschaft

Die Mobilmachung des faschistischen Machtwillens

Die große Mobilmachung der braunen Parteiarmee in Nürnberg hat wieder begonnen. Sie erfolgt mit lautem militärischem Gepränge mit einem Aufwand von finanziellen Mitteln, der den ganzen Wahnwitz dieses Systems zeigt. Es ist eine Befehlsausgabe, bei der der angeblich dem Staat befehlenden Partei eröffnet wird, was der Diktator der Partei befiehlt.

Wie immer ist diese Mobilmachung mit Gerüchten und Prophezeiungen umgeben worden. Man hat Erklärungen und Befehle über die internationale Politik, über die Friedensfrage, über die fernere Ausrottung der Juden in Deutschland angekündigt. Man hat ein Rätselraten veranstaltet über die Frage: Was wird er sagen? Klar ist nur eines: die Tatsache dieser Vermutungen ist ein schlichter, unwiderleglicher Beweis, daß die ganze Welt in Deutschland eine Despotie erblickt.

Der Gang der Politik dieser Despotie aber ist eindeutig bestimmt durch den militärischen Charakter, durch die bis zum äußersten getriebene Aufrüstung und Heeresverstärkung, durch die Aufopferung eines ganzen Volkes und seiner Wirtschaft für die Kriegsvorbereitung. Die Nürnberger Parade ist nichts anderes als ein Symbol der Kriegsbereitschaft. Von dieser Parade der Kriegsbereitschaft aus wird das System zur — — — »Friedenskonferenz« gehen!

Der Preis für den Locarno-Ersatz

Hinausdrängung Sowjetrußlands aus der europäischen Politik

Die Tatsache, daß die westeuropäischen Großmächte ihre ganze Aufmerksamkeit auf die projektierte Fünfmächtekonferenz gerichtet haben, die einen Ersatz für den von Hitler zerrissenen Locarnopakt schaffen soll, überschattet verhängnisvoll die europäischen Angelegenheiten. Frankreich und Deutschland werden auf diese Konferenz mit vollkommen entgegen gesetzten Absichten gehen. Die französische Politik will die Stabilisierung des Friedens erreichen, die deutsche Politik aber die Wiederausschaltung Sowjetrußlands aus der europäischen Politik.

Der Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund wie die politische Annäherung zwischen Frankreich und Sowjetrußland ist ein wichtiges Element des Friedens und der Verteidigung der europäischen Demokratie gegen den Eroberungs- und Beherrschungswillen des internationalen Faschismus. Damit ist der Expansion des Faschismus ein Hindernis entgegengestellt worden. Dies Hindernis hofft das Hitlersystem auf dieser Konferenz zu beseitigen.

Die Gegensätzlichkeit des französischen und des deutschen Zieles ist nicht verborgen. Das französische Ziel ist von Léon Blum in seiner Rede vor den französischen Sozialisten gezeigt worden, in der er seine Spanienpolitik aus dem großen Gesichtspunkt der Erhaltung des Friedens erläuterte. Das deutsche Ziel wird von der deutschen Propaganda offen dargelegt.

Unter der Überschrift »Sieht Frankreich das ein?« schreibt die »Frankfurter Zeitung« Nr. 446:

»Aber zunächst wären die führenden europäischen Mächte »unter sich«, nämlich die drei Angrenzer im Rheingebiet: Deutschland, Frankreich und Belgien, sowie als Garantmächte von Locarno Großbritannien und Italien. Diese Mächte bilden tatsächlich den politischen Kern Europas. Sie sind dazu bestimmt, das Fundament des europäischen Friedens zu bilden. Sowjetrußland liegt abseits — eine Fünfmächtekonferenz würde diese Tatsache unterstreichen. Nur fragt es sich — und dies ist die kritische

Frage der Konferenz — ob nicht die Kraft der Verträge die Sowjetregierung trotzdem zu einem unsichtbaren Teilnehmer machen müßte. Maßgebliche Franzosen versichern, die Vertragsbindungen seien viel lockerer als wir anderen glaubten, keinesfalls aber werde die Substanz des Locarnogedankens durch sie betroffen.

Die Idee der »Ausweitung« ist dabei sicher keine rein französische Idee (etwa bloß mit Rücksicht auf den Russenvertrag entstanden), sondern auch die Engländer wünschen die Lage im Osten geklärt zu sehen, schon weil auch sie (wie Deutschland) die Tragweite des Russenpaktes genau kennen lernen wollen. Sie möchten die sowjetrussische Mitwirkung an einem Friedensplan nicht missen. Aber heute würden sie zweifellos eine Abschwächung der bisherigen Allianzpolitik Frankreichs begrüßen. Deshalb betrachtet man auch in England die französisch-polnischen Visiten nicht ohne Wohlwollen.«

Kann der Wille zur Ausschaltung Sowjetrußlands klarer zum Ausdruck gebracht werden? Kann man klarer fordern, daß Frankreich die Fäden zu Sowjetrußland und zur Kleinen Entente lockere, die mit einer Handbewegung als nicht zum Kern Europas gehörig beiseitegeschoben wird?

Aber die Forderung an die französische Politik wird noch entschiedener:

»Bei einiger Aufmerksamkeit hätte man in England auch bemerken müssen, daß die deutsche Regierung immer an ihrem Vorschlag festhielt, dem Wettrüsten ein Ende zu machen, und es wäre gut gewesen, wenn die englische Presse, gleich der deutschen, sich darum bemüht hätte, der französischen Öffentlichkeit klarzumachen, daß und warum vom deutschen Standpunkt aus die Hereinziehung der Sowjetarmee in das europäische Spiel eine grundlegende Aenderung der strategischen und wehrpolitischen Ueberlegungen und Maßnahmen mit sich bringen müßte. Was vielleicht bis dahin noch als Schlüssel für die Bemessung der militärischen Bedürfnisse der einzelnen Länder hätte hingenommen werden können, kann unmöglich mehr gelten, nachdem die französische Regie-

rung Sowjetrußland vertraglich verpflichtet hat, im Ernstfall nicht etwa neutral zu bleiben, sondern Frankreich gegen Deutschland (wie vor dem Weltkrieg) militärische Hilfe zu leisten, und nachdem die Sowjetregierung sich zu offenbar uferlosen Rüstungen entschlossen hat.

Es ist möglich, über Verträge, die man nicht aufheben kann oder will, praktisch soweit hinwegzusehen, daß nicht mehr viel von ihnen übrig bleibt, aber wenn man Frieden und gutes Einvernehmen will, muß die Tatsache, daß dies die Absicht ist (wenn sie es ist), mit vollkommener Deutlichkeit sichtbar und spürbar werden.«

Frankreich strebt nach Abrüstung — aber es wird sie nur erhalten, wenn es sich dem deutschen Diktat unterwirft und das russische Bündnis opfert. Damit aber würde eine völlige Verschiebung der europäischen Machtlage zugunsten der faschistischen Länder eintreten. Das ist die Zumutung, die die Hitlerpolitik an die Regierung Léon Blum stellt.

Dem Streben nach Abrüstung und Erhaltung des Friedens hat Léon Blum seine gesamte internationale Politik unterstellt, dies Streben liegt seiner Haltung in der Frage Spanien zugrunde. Angesichts der deutschen Forderungen gleicht diese Politik nahezu einem Versuch der Quadratur des Zirkels.

Auf jeden Fall wird der Preis, den die europäische Demokratie heute schon für diese Suche nach dem Unwahrscheinlichen bezahlt, immer höher, und die Vorgänge in Spanien zeigen die Gefahr, daß dieser Preis bald eine schreckliche Höhe erreichen könnte. Die europäische Demokratie hat diese Versuche seit dem Zusammenbruch des Völkerbunds mit einer politischen und moralischen Schwächung bezahlt. Der Preis, den der deutsche Faschismus von der französischen, von dem Sozialisten Léon Blum geführten Regierung fordert, läßt erkennen, daß in der französischen Politik die Existenz und Zukunft der französischen sozialistischen Partei eingesetzt worden ist in einem letzten verzweifelten Versuch, ein Ziel zu erreichen, das mit dem Ziele der Hitlerpolitik grundsätzlich unvereinbar ist.

Papst und Diktator

Der Hirtenbrief und die sozialistische Zukunft

Der Katholizismus ist eine gut funktionierende Internationale, soweit es sich um kirchliche Interessen handelt. Was darunter zu verstehen ist, wird immer vom Vatikan und im Einvernehmen mit ihm von den hohen Klerikern der verschiedenen Nationen bestimmt werden, nicht aber von vereinzelt »Modernisten«, die seien theologischer oder politischer Natur. Es mögen sich Millionen Katholiken aus politischen Gründen der katholischen Kirche entfremden: der Vatikan wird das würdigen, die Ursachen prüfen und die Menschen wieder einzufangen versuchen, aber er wird die internationale kirchliche Autorität nicht preisgeben. Sie beansprucht den ganzen Menschen in allen seinen Lebensäußerungen, auch den politischen.

Diese umfassende kirchliche Autorität fühlt sich in der Gegenwart durch zwei totalitäre Staatssysteme eingeengt, ja bedroht: durch das faschistische und das bolschewistische. Aus dem Umstand, daß die Kirche mit der Totalität des deutschen Nationalfaschismus in schwere Konflikte geraten ist, haben bis vor kurzem manche geschlossen, man werde die Kirche durch bolschewistische Toleranz in eine gemeinsame Linie oder doch in eine gewisse Fühlung mit der sonstigen deutschen Opposition bringen können. Man vergaß dabei, daß alle maßgeblichen Publikationen der universalen Kirche auch in der hitzigsten Fehde stets sehr gewichtige Unterschiede zwischen Faschismus und Bolschewismus gemacht haben. Im bolschewistischen Kommunismus sieht die Kirche nur den Abschluß einer aus der kirchlichen Lehre zu verwerfenden menschlichen Selbstüberhebung, die das Individuum seit der französischen Revolution aus der göttlichen Gebundenheit und Geborgenheit losgetrennt und über »Menschenrechte«, die in ihrer liberalen Proklamation von der Kirche stets verworfen worden sind, zur rein materialistischen Lösung aller Zeitprobleme geführt hat. Das alles ist und bleibt und wird bleiben für die Kirche reines Teufelswerk, mit dem sie nicht paktieren kann. Der Faschismus hingegen bietet für die Kirche kein einheitliches Bild. Neben der nationalistischen Mystik eines groben Materialismus aus »Blut und Boden« trägt der Faschismus sozialökonomisch ständische Züge, die mit der bis jetzt maßgebenden kirchlichen Eigentumslehre und Sozialordnung grundsätzlich verwandt sind. Der Faschismus predigt, mindestens in seiner Phraseologie, die Gottgebundenheit des Menschen und den Wert konfessioneller Religionen, wenn das auch von Rednern, die nur noch eine dunkle Ahnung ihrer einstigen lutherischen Katechismusstunden besitzen, oft in Formen geschieht, die der katholische Kleriker entweder als Greuel empfindet oder weise belächelt. Aber wie dem auch sei: jedenfalls vertreten die Faschisten aller Grade Philosophie- und Staatssysteme, die Autorität von oben her fordern, und das ist verwandt mit katholischen Auffassungen.

So haben denn die deutschen Bischöfe niemals in einem

Polens neuer Kurs

ihrer Hirtenbriefe das nationalsozialistische Regime grundsätzlich verworfen, wie sie das immer wieder gegenüber dem Bolschewismus getan haben. Die Brücke zum Staate und auch zur nationalsozialistischen Staatspartei wurde nie abgebrochen und die Gebete für den deutschen Führer und Reichskanzler erlahmten nicht. Allerdings jetzt erst in dem neuesten Fuldaer Hirtenbriefe wird er zum ersten Male »Unser Führer« genannt, und er erhält für seinen antibolschewistischen Kreuzzug den Segen des gesamten deutschen Episkopats. Das kann ein Ereignis von Bedeutung werden. Die deutschen Kirchenfürsten machen sich in Wendungen, die sehr dem Stile von »Mein Kampf« ähneln, die »Idee« Hitlers zu eigen, daß er das göttliche Instrument sei, um Deutschland vor dem Bolschewismus zu retten, ja sogar Europa vom Bolschewismus zu »säubern«. Dieses militärisch-polizeiliche Wort in einem kirchlichen Dokument, das den Geist der Bergpredigt atmen sollte, ist besonders deutlich. Es zeigt, wie die Barbarei unserer Tage auch Geist und Seele derjenigen verunstaltet hat, die zur Wahrung höchster seelischer Werte berufen sein sollten. Von diesem »Gott will es!« der deutschen Bischöfe bis zur Salbung des Kreuzzugsritters Adolf Hitler und zur Segnung seiner Mordmaschinen für den Religionskrieg gegen den Teufel in Moskau ist nur noch ein Schritt. Wenn Hitler ihn tut: daß dann alle deutschen Dome läuten und die Bischöfe aufrufen zum heiligen, zum gerechten, zum gottgewollten Krieg, ist nach diesem Hirtenbriefe gewiß, war allerdings auch schon vorher für keinen Wissenden zweifelhaft.

Nur scheinbar haben die Begleiterscheinungen des spanischen Krieges diesen Hirtenbrief entscheidend beeinflusst. Spanien hat nur die in wirklichem Hetzton gehaltenen antibolschewistische Einlage veranlaßt. Von Hetze muß hier gesprochen werden, denn auch die Bischöfe wissen, daß Dutzende »Kommunisten« in Deutschland auf Grund justizmörderischer Urteile auf die Blutgerüste geschickt wurden, nur ihrer Ueberzeugung und geistigen Betätigung willen. Hetze muß man diesen Teil des Bischofsbriefes nennen, weil er außer den Kommunisten auch Sozialdemokraten und christliche Arbeiter noch mehr in Gefahr bringt als bisher, als »bolschewistische Staatsfeinde« eingekerkert und gemartert zu werden. Die Bischöfe rufen zur Ausrottung des Bolschewismus auf, haben aber nie ein Wort gegen die Bestialitäten des deutschen Nationalfaschismus gefunden!

Schon vor dem Faschistenaufstand gegen die Republik Spanien war die taktische Schwenkung der deutschen Bischöfe festgelegt. Sie ist ein Triumph der Nationalkatholiken um Franz von Papen und wurde durch die deutsch-österreichische Verständigung vorbereitet, an der die päpstliche Diplomatie nicht unbeteiligt ist. Der Vatikan sieht die Abwehr des Bolschewismus und der westeuropäischen »freimaurerischen« Volksfronten für brennender und wichtiger an, als die sofortige Rückeroberung verlorener kirchlicher Positionen in Deutschland. Daher die auf vatikanische Weisung erfolgte internationale katholische Predigt — und Presseoffensive gegen alles, was bolschewistisch ist oder sich mit Kommunisten taktisch verbündet. Die Kommunisten sind schlecht beraten, wenn sie glauben, diesem Sturm dadurch begegnen zu können, daß sie ihren notorischen Atheismus und ihre radikale Kirchenfeindschaft, die doch wahrhaftig in Bergen von Material bezeugt sind, bußfertig ableugnen.

Die seit längerer Zeit dauernden inoffiziellen Verhandlungen zwischen den Bischöfen und der Reichsregierung sollen nun offiziell in Gang kommen. Auf beiden Seiten gibt es Optimisten, die sich insbesondere auch von einer persönlichen Begegnung zwischen Adolf Hitler und dem einen oder anderen Kardinal oder Bischof etwas versprechen. Soviel dürfte aber gewiß sein, daß der Nationalsozialismus von den vielen der Kirche abgenommenen Bastionen nichts preisgeben wird. Es ist durchaus möglich, daß Hitler versöhnliche und gnadenreiche Gesten auf dem Justizgebiet macht, aber der »politische Katholizismus«, worunter das letzte Kirchenblatt

Die Erneuerung des französisch-polnischen Militärbündnisses bedeutet für das Hitlerreich nicht weniger als den Zusammenbruch seiner ganzen bisherigen Außenpolitik. Denn ihr einziges Aktivum, das ziemlich allgemein für sicher gehalten wurde, war der deutsch-polnische Freundschaftsvertrag. Er war mit dem Verzicht auf die Grenzrevision im Osten und mit der Preisgabe der deutsch-russischen Freundschaft teuer genug erkaufte. Kein Minister der Republik hätte ein solches »Ostlocarno« riskieren können, ohne in Gefahr zu geraten, erschossen zu werden. Hitler riskierte es, weil er den nationalistischen Meuchelmord nicht zu fürchten brauchte, und weil er die Notwendigkeit fühlte, den Ring des Mißtrauens, der sich nach seinem Machtantritt um Deutschland legte, wenigstens an einer Stelle zu durchstoßen. Das Opfer ist umsonst gebracht, der Ring ist wieder geschlossen.

Warschau hat sich gegenüber Berlin als der überlegene Spieler gezeigt. Es hat von der nationalistischsten Regierung, die Deutschland je gehabt hat, den Verzicht auf den Korridor, Posen und Oberschlesien, erreicht, ohne von den Vorteilen, die ihm das Bündnis mit Frankreich sicherte, auch nur das geringste aufzugeben. Ja, er hat sich sogar auch vor dem Vorwurf der Untreue geschützt, indem er nie aufhörte zu versichern, daß sein Bündnis mit Frankreich unverändert fortbestehe.

Die Erneuerung dieses Bündnisses wirft alle Südostpläne Hitlers über den Haufen. Ein polnisch-tschechoslowakisch-rumänisch-jugoslawischer Bund, hinter dem im Osten Sowjetrußland stünde, und der sich südlich im Balkanbund fortsetzte, müßte die deutsche Außenpolitik auch nach dem Südosten hin unbeweglich machen. Daran könnten auch wirtschaftliche Abmachungen mit Rumänien und Jugoslawien wenig ändern. Diese beiden Staaten wissen ohnehin, daß die deutsche Südostpolitik mit dem ungarischen Revisionismus untrennbar verbunden ist. Das Gerede von einem deutsch-italienisch-österreichisch-ungarischen Block war gar nicht

und der letzte dörfliche Theaterverein zu verstehen ist, hat keine Konzessionen zu erwarten. In den hohen Regionen des Nationalsozialismus möchte man angesichts der an den Krieg streifenden außenpolitischen Spannung und der ökonomischen Schwierigkeiten durchaus so etwas wie eine Befriedung mit der katholischen Kirche, deren Einwirkung auf die grollenden Massen auch von Hitler hoch eingeschätzt wird; aber die eigentlichen Weltanschauungs-Nationalsozialisten halten eine tiefere Versöhnung für unmöglich. Ihr Mißtrauen gegen den Klerus ist unvermindert. Vom Weltanschaulichen abgesehen, halten sie den Katholizismus auch national für unzuverlässig, da den Klerikern in ihrer Masse die nationale Besessenheit für das unbedingte Durchhalten mit allen Mitteln im Kriegsfall fehle.

Es gibt aber kirchlich sowohl wie nationalsozialistisch sehr einflußreiche Männer, die einen Verständigungsfrieden auch auf dem umstrittensten Gebiete, dem Erziehungswesen für nicht so schwer zu verwirklichen halten. Ein führender Jesuit formulierte das so: »Es werden sich Wege finden lassen, die Interessen der Erziehung, wie die Kirche als die Hüterin und Mittlerin der Religion zu wahren hat, mit jenen, die dem Staat aus seiner konkreten Situation rechtmäßig erwachsen, in Einklang zu bringen. Staat und Kirche stammen von demselben Gott und stehen in keinem grundsätzlichen Gegensatz zueinander.« Warum sollte da ein Friede ganz ausgeschlossen sein?

Es werden ihn freilich beide Partner nur als einen Waffenstillstand betrachten. Aber das war und ist bei den meisten Friedensschlüssen so. Der Nationalsozialismus in seinen Rosenbergern mag träumen, den Katholizismus besiegen und auflösen zu können. Die Kirche aber rechnet nicht mit den »tausend Jahren« Adolf Hitlers, sondern mit Ewigkeiten, und sie leitet aus ihrer kirchenpolitischen Erfahrung mit vielen Revolutionen und Diktatoren die Erfahrung her, daß der Fels Petri machtvoll aus den sinkenden Fluten des Zeitgeschehens sich erheben wird, wenn längst die Zäsuren darin ertrunken sind. Hitler sucht Frieden mit der Kirche, um auf den errungenen Positionen, seine Macht zu stabilisieren; die Kirche will den Frieden, um von dem mühsam Behauptete

mehr notwendig, um sie auf diese Tatsache aufmerksam zu machen.

Im ganzen lief Hitlers Außenpolitik darauf hinaus, durch militärische Machtanhäufung einschüchternd zu wirken und von den schwächeren Nachbarn im Osten Unterwerfungsverträge zu erzwingen. Der Vertrag mit Polen sollte der erste dieser Art sein, der mit Oesterreich der zweite, ein dritter war mit der Tschechoslowakei geplant. Das alles fällt nun wie ein Kartenhaus zusammen.

Was bleibt Hitler übrig als der Versuch, wieder dort anzufangen, wo die Republik aufgehört hat? Je weiter sich Polen von ihm entfernt, desto mehr ist er genötigt, die Wiederannäherung an die Sowjetunion zu suchen. Aber den Weg dahin hat er sich mit seinem antibolschewistischen Geschwätz und den unsinnigen Ukraineplänen selbst verbarrikadiert.

Bulgarien im Schatten Hitlers Eine Kundgebung der bulgarischen Sozialdemokratie.

Wir haben vor kurzem über die Lage in Bulgarien berichtet, wo durch den Vorstoß der faschistischen Gruppe um Zankow eine Entscheidung nahegerückt ist. Der Zentral-Ausschuß der sozialdemokratischen Partei hat zu dieser kritischen Situation in folgender Erklärung Stellung genommen.

Die Art und Weise, in welcher die Regierungskrise am 4. Juli 1936 ihre Lösung fand, wobei das Kabinett Klosselwanoff nach langwierigen Verhandlungen und unzähligen Besprechungen teilweise abgeändert wurde, stellt an sich eine Ueberraschung dar.

Das neue Kabinett, in welches zwei Vertreter der Zankow-Partei berufen worden sind, kann nicht zur Normalisierung und Befriedung des Landes, sondern nur zur Befestigung und Legalisierung der Diktatur beitragen. Ein solches Kabinett kann keine freien Parlamentswahlen durchführen. Durch die Dekretierung eines reaktionären Wahlgesetzes soll

der freie Wille der Wähler vergewaltigt werden. Durch die Abänderung der Verfassung in einer nicht festgesetzten Art und Weise wird sich die Diktatur — schlimmer und gefährlicher als die jetzige — endgültig zu festigen trachten.

Es ist nicht diese Regierung, die das bulgarische Volk wünscht. Es ist nicht die Regierung, die die Not des Landes augenblicklich erheischt. Es ist eine verwegene Herausforderung im Angesicht des ganzen Volkes. Wir protestieren gegen diese Herausforderung.

Die Wiederherstellung der Verfassung und der Freiheiten obliegt jenen, welche immer für sie gekämpft und sie unausgesetzt verteidigt haben. Dies bleibt auch heute die Aufgabe, die große und wichtige Aufgabe des Sozialismus und der Demokratie in unserem Lande.

Indem wir unseren Weg zur Schaffung einer mächtigen Bewegung für große Umgestaltungen in unserem Lande und für die Verteidigung der Interessen der Arbeitermassen verfolgen, meinen wir, daß der Front der Diktatur, der Reaktion und des Faschismus eine Volks-Verfassungsfront sämtlicher Kräfte der Verfassungsmäßigkeit, der Freiheit und der Demokratie gegenübergestellt werden muß. In dieser Front muß die Arbeiter- und sozialistische Bewegung die Zentral-, bzw. die Führerstellung einnehmen, die ihr die augenblickliche Lage der Arbeitermassen zuweist.

Wir rufen zum Kampf für die Wiederherstellung der Verfassung und der Freiheit der Bürger, sowie zur Errichtung einer Volksmacht, alle diejenigen auf, denen die Ruhe und die Zukunft des Volkes und des Landes ans Herz gelegen ist.

Nach der Regierungserklärung sollen die Wahlen Ende Oktober stattfinden; es wird jedoch befürchtet, daß sie vertagt werden. Einstweilen sind die politischen Freiheitsrechte noch immer nicht wiederhergestellt, die Parteien immer noch verboten und die Pressensur brutal und rücksichtslos ausgeübt.

ten aus allmählich zu ihren alten Einflusssphären möglichst weit wieder vordringen zu können. Wer sich dabei verrechnet — es können auch beide Partner sein — wird die Zukunft lehren.

Diese Zukunft birgt für den Katholizismus in Deutschland schwere Probleme. Verständigt er sich mit dem Faschismus, so geschieht es mit einem Staate, auf dessen äußere und innere Politik die Kirche keinen Einfluß hat. Es fehlt jedes selbständige geistige und organisatorische katholische Leben, wie es in der Republik und im Kaiserreich blühte und die Verbindung zwischen der Staatspolitik und der Kirchenpolitik herstellte. Die Massen der katholischen Arbeiter, Bauern und Mittelständler sind aber nicht nur als Kirchgänger, sondern auch als Staats- und Wirtschaftsbürger von dem Hitlersystem abgestoßen. So bleibt von der sozialen Seite ihre Opposition gegen den Hitlerismus, und ihre Sorgen, ja ihr Zorn und ihr Haß werden nicht dadurch gemindert, daß aus der Enzyklika Quadragesimo anno und aus zahllosen Kommentaren Verbindungslinien zu den vollkommen unausgegorenen und verworrenen nationalsozialistischen Sozialideen hergeleitet werden können. Kein katholischer Standesverein und auch kein katholischer Kleriker auf der Kanzel wird die päpstliche Soziallehre frei erörtern und mit der nationalsozialistischen Wirklichkeit konfrontieren können. So werden die katholischen Massen auch im Kirchenfrieden politisch und sozial führerlos bleiben, wie sie es niemals in der deutschen Vergangenheit gewesen sind. Für eine antihitlerische und klar sozialistische Politik bleiben die Katholiken Deutschlands ein großes Eroberungsfeld, ganz gleich wie die Bischöfe sich zum herrschenden Regime stellen, aber man wird ihnen eine sozialistische deutsche Zukunft zeigen müssen und eine große Sache nicht an kleine Tagesschlüsse preisgeben dürfen.

Hannes Wink.

Krieg nur Zeitfrage

In seiner Rede zum Abschluß der großen italienischen Manöver leistete sich Mussolini folgende Aufrichtigkeit:

»Obwohl wir den Unsinn des ewi-

gen Friedens ablehnen, der unserer Doktrin und unserem Temperament fremd ist, wünschen wir solange wie möglich mit allen in Frieden zu leben...«

Für den Faschismus, der darin dem deutschen Nationalsozialismus gleich ist, hat nur der ewige Krieg, der durch gelegentliche Friedensperioden unterbrochen wird, einen Sinn. Der neue Ausbruch ist ihm eine Frage nicht des Ob, sondern nur des Wann.

Mit solchen Doktrinen und Temperamenten kann es für den echten Friedensfreund keinen Ausgleich geben. Nur im Kampfe gegen sie kann Europa vor der Vernichtung durch einen zweiten Weltkrieg bewahrt werden.

Die spanische Tragödie

Immer noch »schändliche Komödie der einseitigen Neutralität«.

Die Konvention über die Nichtbelieferung der spanischen Regierung wie der faschistischen Rebellen mit Waffen und Kriegsmaterial ist immer noch nicht voll in Kraft gesetzt. Das Streben der faschistischen Mächte ist offenbar, diese Konvention zu einem der schändlichsten Kapitel der politischen Geschichte zu machen. Noch am Tage des formellen Inkrafttretens hat Italien 24 Flugzeuge für die meuterten Generale in Vigo abgeliefert. Seitdem aber weigert sich die portugiesische Diktaturregierung mit kynischer Zähigkeit, die Konsequenzen aus der Konvention zu ziehen. Portugal ist nach wie vor der politische und militärische Sammelplatz der Rebellen, der Rückhalt für ihre Operationen.

Als eine der ersten Taten des geplanten Kontrollausschusses zur Durchführung der Konvention ist das Verbot der Freiwilligenwerbung für Spanien ins Auge gefaßt. Aber Franco führt ständig neue farbige Truppen aus Marokko gegen die Verteidiger der spanischen Freiheit.

In diesem schreienden Gegensatz zwischen Recht und »Völkerrecht« spiegelt sich die heutige Machtlage in Europa. Das, was angesichts dieser Machtlage als Völkerrecht gilt, hemmt und schwächt das Recht und stärkt und bewaffnet das Unrecht!

Deutsche Justiz im Kriegsschmuck

Hohheitszeichen, Schnüre, Spangen und Kordeln. — Der Ersatz für das Recht im Gerichtssaal.

Amlich wird jetzt im Dritten Reich bekanntgegeben:

»Die Amtstracht in der Reichsjustizverwaltung ist durch eine A. V. des R. J. M. vom 26. Juni 1938 festgelegt worden...

Abatz 2: Richter, Staats- und Amtsanwälte sowie die Urk.-Beamten der Gerichte tragen auf der rechten Brustseite das Hohheitszeichen, und zwar die Mitglieder der O. L. G. in Gold, im übrigen in Silber. Die Präsidenten der O. L. G. tragen Halsketten nach besonderem Muster.

Abatz 3: Die Richter der St. A. tragen den Besatz am Amtsgewand und an der Kopfbedeckung in Samt nach besonderen Abmessungen, Rechtsanwälte in Seide, Urk.-Beamte in Wollstoff.

Abatz 5: An der Kopfbedeckung tragen die Präsidenten der O. L. G. sowie der Gen.-St. A. zwei Schnüre in Gold; die Räte der O. L. G. und der O. St. A. bei diesen beiderseits zwei Spangen in Gold. Die Präsidenten der L. G. zwei Schnüre in Silber. Der O. St. A. bei großen L. G. eine Schnur in Silber, darunter eine schmale Kordel. Die Direktoren der L. und A. G. sowie die übrigen O. St. A. eine Schnur in Silber. Die Oberamtsrichter und die Ersten St. A. bei den L. und A. G. beiderseits zwei Spangen in Silber.

Abatz 8: Amtstrachten, die von den bestehenden Bestimmungen abweichen, können bis 31. Dezember 1938 aufgetragen werden; jedoch wird das Hohheitszeichen in jedem Falle nach demnächst ergehenden Bestimmungen ohnestens angelegt.

Soweit die neueste Verordnung, mit der Hitlers System die »Volksgenossen« mal wieder beglückt. Von Wilhelm — dem Zwoten ist es überliefert, daß er ganze Tage zubachte, neue Achselklappenstücke für Regimenter zu erfinden; und da er selbst ohne Fangschnüre auf der kaiserlichen Brust nicht leben und nicht wirken konnte, ernannte er sich selbst zu seinem eigenen Generaladjutanten — alles von wegen der Schnüre! Trotz der Achselklappen und trotz der Adjutantschnüre hat dann sein Militär doch sozusagen den Weltkrieg verloren. Adolf Hitler hat mindestens ähnliche, ja sogar gesteigerte Ambitionen!

Es möchte freilich so scheinen, als ob viele Millionen Deutscher es für ungleich wichtiger erachteten, daß der Richter auf Recht und Gesetz und seinen Eid, statt auf sein neues Hohheitsabzeichen achten würde. Auch dem servilsten Staatsanwalt werden die Schnüre in Gold und in Silber nicht den Spiritus, aber auch nicht die Verantwortlichkeit vor jener Rechtsinstanz ersetzen oder abnehmen, die einmal nach der Hitlerei so sicher wie das Amen in der Kirche kommen wird. Der Willkürstaat wird nicht dadurch zum Rechtsstaat, daß er sich um die Dekoration gerade der Stätten bemüht, wo der Rechtsstaat am gräßlichsten mißhandelt wird: in den Gebäuden der deutschen Gegenwartsjustiz!

Es wirkt wie eine weithin gellende Ironie, wenn in der »Deutschen Juristenzeitung« auf ihrer einen Seite ihre in Amt und Würde befindlichen Leser sich bereits im Flämmerglanz der neuen »Hohheits«-Etikette spiegeln, während auf der anderen Seite — in einer Korrespondenz aus Stockholm — ein geradezu Mitteld erregendes Wortgefäß vorgebracht wird, weil die doch so »nordischen«, also so stammverwandten Schweden am allerwenigsten bereit sind, die Verwirrung der primitivsten Rechtsgrundsätze, die das Dritte Reich zu einem lamentierenden System erhoben hat, auch nur in angenähertem Verständnis anzuerkennen. Da heißt es zum Beispiel:

»Dem schwedischen Juristen, der aus einem sich zur liberalistischen Rechts- und Staatsauffassung bekennenden Lande kommt, erscheinen Grundgedanken und Auswirkungen des neuen deutschen Rechts zunächst außerordentlich fremd und schwer verständlich... Dem im neuen Reich wieder lebhaft erörterten Gedanken Hegels, durch das subjektive Ich das allgemeine Ich und damit die wahre Freiheit des Volkes zu realisieren, steht der durchschnittliche Schwede — ein ausgesprochen individualist — völlig fremd gegenüber, obwohl (!!!) auch er ausgeprägtes Nationalempfinden hat.« (Dieses »obwohl« ist der beste Witz, den man an dieser Stelle schlechterdings machen könnte. Aber dann weiter:») Der formalistische und positivistische schwedische Jurist erblickt in dem metaphysisch begründeten Rechtsdenken eine Gefahr für die »Rechtssicherheit« (Anführungszeichen von der »Deutschen Juristenzeitung«, die so was natürlich bagatellisiert). Den Begriff des deutschen Volksgesistes hält er für eine abstrakte Spekulation, übersieht dabei aber, wie tief dieser Begriff tatsächlich im deutschen Volk verankert ist. Mit Kopfschütteln stellt er

Der Naziterror in Danzig

Zwei Abgeordnete der englischen Arbeiterpartei, die Genossen James Griffiths und Arthur Jenkins, haben Danzig besucht, um sich ein Bild von den Zuständen in der vom Naziterror bedrohten Freien Stadt zu machen. Einem Berichte, dem sie nach ihrer Rückkehr nach London der Öffentlichkeit übergeben haben, entnehmen wir folgende Darstellung:

Es wurde der Befehl herausgegeben, daß jeder Danziger Staatsbürger, der sich in irgendeiner Form an den Völkerbundskommissar zu wenden wagt, als Feind des Nazi-Staates betrachtet und als solcher behandelt werde. Zu diesem Zwecke wurden vor dem Eingang des Büros des Kommissars zwei Polizeibeamte aufgestellt, ein uniformierter Wachbeamter und ein Detektiv in Zivil. Dieser ist mit einer Kamera ausgestattet und hat die Aufgabe, jeden zu photographieren, der das Büro zu betreten wagt. Unterdessen spricht der andere Polizist den Besucher an, fragt nach Namen, Adresse und nach der Angelegenheit, die er beim Kommissar vorzubringen wünscht. Der Besucher wird darauf ausdrücklich verwarnet, daß, falls er auf der Unterredung mit dem Kommissar bestehe, dies für ihn unangenehme Folgen haben könne.

So ist eine Vorsprache beim Völkerbundskommissar nach Naziauffassung ein Verbrechen geworden. Da solche Besuche tatsächlich Folgen in Gestalt schwerer Verprügelung nach sich gezogen haben, ist das Büro des Kommissars verödet.

Als wir hinkamen, war allerdings von Polizei nichts zu sehen. Wir entdeckten später, daß, da wir die Vorsprache telephonisch vereinbart hatten und das Gespräch abgehört wurde, die Polizisten gerade im Zeitpunkt unseres Besuches zurückgezogen worden waren. Sie besetzten nur einen Beobachtungsposten an einem Fenster, von dem aus man den Eingang zum Büro übersieht. Die Nazi rühmen sich offen, daß sie mit dem Kommissar nichts zu tun haben wollen. Sie beantworten seine Mitteilungen nicht und wollen überhaupt keine Verbindung mit ihm. Will der Völkerbund hilflos zusehen, wie sein Vertreter nicht nur mißachtet, sondern beleidigt und mitunter bedroht wird?

Einer der Führer der Oppositionsparteien, der weder Sozialist noch Kommunist ist, sandte eine Beschwerde an den Völkerbundskommissar. Er wurde verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert. Niemand durfte ihn sehen; seine Frau wußte nicht einmal, in welchem Gefängnis er in Haft gehalten wurde. Auf Anfragen wurde lediglich geantwortet, daß es ihm gut gehe; er befindet sich in »Schutzhaft«.

Die beiden Abgeordneten wollen dem Generalrat des Gewerkschaftskongresses einen ausführlichen Bericht über die Zustände in Dan-

zig vorlegen. Darin erheben sie die Forderung, daß der Völkerbundsrat Neuwahlen herbeiführen solle, daß die Verbote, die die Gewerkschaften und die politischen Parteien der Opposition behindern, aufgehoben werden, daß die Pressefreiheit wieder hergestellt, die zehntausend uniformierter Nazitruppen entwaffnet werden, daß der Kommissar als Vertreter des Völkerbundes anerkannt, die Polizeispitze vor seiner Tür entfernt und der unbehinderte Zutritt zu ihm gesichert werde.

Die Zustände sind unhaltbar — so schließt die Erklärung. Wir appellieren an alle Freunde der Freiheit und Anständigkeit, sich in der Forderung zu vereinen, daß der Naziterror in der Freistadt Danzig aufgehört muß!

Braune Korruption im Freistaat Danzig

Ein Defraudant, der droht.

In Stutthof im Freistaat Danzig ist der Steuerheber, Pg. Schwichtenberg, plötzlich seines Amtes entbunden worden, weil in seiner Kasse ein Fehlbetrag von bisher 2000 Gulden festgestellt worden ist. Das Geld ist von Schwichtenberg verbüßelt worden. Das ist unter der Herrschaft der braunen Korruptionstäter nichts Ungewöhnliches. Bemerkenswert ist aber, daß man nicht wagt, gegen den Defraudanten vorzugehen, obwohl die Bevölkerung von Stutthof das entschieden verlangt. Warum geht man gegen den Defraudanten nicht vor? Nun, Pg. Schwichtenberg hat gedroht:

»Wenn sie mich einsperren, dann decke ich alles auf!«

Deshalb wagt der Gemeindevorsteher, Pg. Klanowski, ein Onkel des Nazi-Landrats Johst, es nicht, den Defraudanten zur Anzeige zu bringen! Festgestellt sei noch, daß der Ortsgruppenleiter der NSDAP von Stutthof, der Lehrer Zube, ein ganz besonders eifriger Bekämpfer der »roten Korruption« ist.

Einmal ein Held — und jetzt?

Anfang des Jahres 1931 erschloß der SA-Mann Max Skibbe auf dem Fischmarkt in Danzig im Verlauf einer Auseinandersetzung den gänzlich unbeteiligten Fischer Streng. Skibbe erhielt dafür 2 1/2 Jahre Gefängnis. Kurz nach dem »Umbruche« in Danzig wurde der Revolverheld aus der Haft entlassen. Mit einem riesigen Blumenstrauß holten ihn seine Parteifreunde aus dem Gefängnis ab und brachten ihn in einem Triumphzuge in das Gaubüro der NSDAP. Max Skibbe wurde wie ein Held gefeiert. Dieser auch wegen krimineller Dinge etwa ein dutzendmal vorbestrafte SA-Mann wurde dann Aufseher bei der Städtischen Straßenreinigung und hatte ältere un-

bescholtene Arbeiter zu beaufsichtigen. Es kam bald zu einem großen Krach, da Skibbe ein großer Freund des Alkohols ist. Darauf erhielt der »verdiente alte Kämpfer« eine Stellung als Aufseher bei der Städtischen Ziegelei Ziganenberg, wo ihm auch Frauen unterstellt waren. Jetzt ist Skibbe erneut zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden, diesmal wegen Abtreibung. Zu seinen Untergebenen gehörte auch eine jüngere Arbeiterin, die ihrem Bruder gern Beschäftigung in der Ziegelei verschaffen wollte. Die Arbeiterin glaubte, das durch Skibbe erreichen zu können. Die junge Danzigerin hatte Pech: ihr Bruder bekam durch Skibbe keine Arbeit — aber die Arbeiterin wurde durch den verheirateten Aufseher schwanger. Skibbe machte darauf bei der Frau einen verbotenen Eingriff. Die Folge war eine schwere Erkrankung der Arbeiterin, wodurch die Sache ruchbar wurde und das Paar in Haft genommen wurde. Das Verfahren gegen die Arbeiterin wurde schließlich eingestellt, Skibbe jedoch zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Dabei stellte man fest, das dieser Erneuerer deutscher Kultur bereits sechzehnmal vorbestraft ist.

Die Fischer haben genug von den Nazis.

Die Fischerbevölkerung des Freistaats Danzig ging den Nazis ins Garn, weil diese den Fischern alles mögliche versprochen. Die Fischer glaubten, unter einer nationalsozialistischen Regierung würde ihre Notlage behoben werden und gaben deshalb einen Hakenkreuzstimmzettel ab. Aber das Gegenteil trat ein. Es wurde eine Zwangsorganisation für das Fischereigewerbe eingeführt und die Fischzentrale geschaffen, an die alle gefangenen Fische abgeliefert werden müssen. Die Preise sind noch niedriger als früher, d. h. die Preise, die den Fischern gezahlt werden, während die Bevölkerung jetzt höhere Fischpreise zahlen muß. Auch dürfen die Danziger Fischer ihrem Berufe jetzt nicht mehr so nachgeben, wie sie es seit alten Zeiten gewohnt waren. Den Fischern in Danzig geht es jetzt noch schlechter als früher, deshalb sind sie auf die Nationalsozialisten nicht gut zu sprechen.

Das zeigte sich auch sehr deutlich bei einer festlichen Veranstaltung, die die Fischzentrale in dem Fischerdorf Bodenwinkel veranstaltet hatte. Die Fischer hatten freien Eintritt, außerdem sollte jeder Fischer 2 Gulden Biergeld erhalten. Trotzdem waren von den 200 Bodenwinkler Fischern nur etwa 30 zu dem Vergnügen erschienen. Die übrigen ließen der unter Nahtleitung stehenden Fischzentrale sagen: »Legt auf den Fischpreisen, die Ihr uns zahlt, 5 Pfg. pro Pfund zu, dann kaufen wir uns unser Bier selbst!« So beliebt sind die Nazis jetzt bei den Danziger Fischern. Bodenwinkel war früher eine Hochburg der Nazis.

Eine Zierde des »Volksgerichtshofs« Der Fememörder Killinger.

Nur die Lumpen kommen drüben wieder hoch. Vor einigen Monaten tauchte Hermann Esser wieder aus der Versenkung auf. Noch 1923 nannte ihn Hitler einen Lumpen: »Ein eitler und ränkesüchtiger Mensch, dabei feig, ein Lügner und Schwindler!« Was ja übrigens Strelcher einst auch gegen Hitler geschrieben hat! Nach dem 5. März wurde der »Lump Esser« bayrischer Staatsminister. Bis er wegen einiger Lumpereien abermals in Ungnade fiel. Nun ist er wieder oben: Präsident des deutschen Fremdenverkehrsvereins!

Auch Manfred von Killinger ist wieder da. Ehemals Mitverschwörer der Erzbergermörder, zwischendurch Anbiederungsversuch an die Republik durch eine Offerte an den damaligen sozialdemokratischen Innenminister Sachsen, später nationalsozialistischer Abgeordneter im sächsischen Parlament, techtelte mit Stennes, nannte Hitler im engeren Kreise eine »aufgeblasene Primadonna«. Von diesem Gesinnungsathleten stammt ein Buch: »Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben«. Killingers weißgardistische Erinnerungen an die Niederwerfung der bayrischen Räteregierung. Darin erzählt er heiter, wie auf sein Kommando in München ein Mädchen über die Wagendelise gelegt und ausgepeitscht wurde und rühmte nebenbei sich der Ermordung eines Kommunisten.

Als der Staatsanwalt auf solches Zeugnis hin ein Mordverfahren einleitete, verleugnete der Kapitänleutnant a. D. sein eigenes Buch und erklärte das alles als Scherz, poetisches Geflückere, Irreführung der Leser! Also ein geborener Erneuerer, der nach dem 5. März denn auch prompt sächsischer Statt-

halter wurde und sich durch weitere Lumpereien auszeichnete. Am 30. Juni sollte der ewig Kompromittierliche mit gekillt werden, entkam durch die Flucht und kroch irgendwo bei der Marine unter. Man hörte zwei Jahre nichts mehr von ihm, jahrelang durfte sein Name nur geflüstert werden. Jetzt ist er wieder oben, auf Vorschlag des Reichsjustizministers zum Mitglied des Obersten Volksgerichts ernannt!

Was muß der Mann denunziert haben, ehe er solches Vertrauen wieder gewann! Wieviele Kameraden muß er ans Messer geliefert haben, ehe man ihm die reulige Umkehr glaubte! Nun sitzt der Mordgeselle und Mädchenschänder als Richter am Berliner Terrorgericht.

»Nur die Besten der Nationalsozialisten dürfen Parteigenossen sein«, hat Hitler gesagt, und was z. B. ein Killinger ist, weiß der Führer nicht. »Nur die Besten...« Und nur die Besten kommen noch höher. Ein Blutregime braucht Lumpen.

Diktatur und Geist

Hitlers holländischer Nachahmer Musert hat unlängst einem deutschen Nazi-Blatt ein Interview gegeben. Dabei äußerte der Diktator Hollands in spe folgendes über sein Verhältnis zur Intelligenz, die im öffentlichen Loben Hollands eine ziemliche Rolle spielt:

»Daß die sogenannten Intellektuellen in Holland nicht zu unseren Freunden gehören, schmerzt uns nicht. Dieselben Leute, die heute Bücher gegen uns schreiben, werden viele Werke zu unsern Gunsten abfassen, wenn wir in Holland am Ruder sind.«

Musert hat wahrscheinlich bei diesen Worten an die deutschen Johste, Jhérings, Hanns Heinz Ewers und Konsorten gedacht. Nun ja, — jedes System hat die Lobredner, die es verdient...

ferner fest, daß eine besonders schwierige Aufgabe auf die Schultern der deutschen Rechtswahrer gelegt ist, da diese häufig mit so wenig spezifizierten Begriffen, wie Ehre, Treue, Glaube usw. arbeiten müssen. Denn wenn man an den Gebrauch eines formalistischen Tatsachenrechtes sich gewöhnt hat (sic!), erscheint es fast unmöglich, in metaphysisch bedingten Grundbegriffen etwas Wirkliches zu sehen — obwohl das gerade dem Empfinden des nordischen Menschen entspricht. Große Bechtung haben in Schweden, und zwar sowohl unter den Juristen wie auch in der breiteren Öffentlichkeit die besonders schweren Straftaten gefunden, mit denen in Deutschland ein Volksverräter getroffen wird. Auf das »politische Verbrechen« steht in Schweden im allgemeinen die Custodia honesta; es ist deshalb schwierig, dem großen Publikum klar zu machen, daß wirkliche Verratsverbrechen gegen Volk und Vaterland zu den schlimmsten Untaten gehören, bei denen der Verbrecher grundsätzlich nicht auf Gnade rechnen kann.

Und ob das schwierig ist?! Bisher tat man freilich im Dritten Reich immer so, als ob lediglich die Greuelmeldungen verlogener und verkommener Emigranten die »nordische« Entrüstung über das Dritte Reich in Schweden künstlich verursachten. Jetzt auf einmal gibt man zu, daß der objektive Befund der deutschen »Rechts«-Wirklichkeit dem schwedischen Blutwetter die Haare nur so zu Berge stehen läßt. Aber was in Schweden ist — sollte das nicht allenthalben in der Welt so sein, die sich auch nur einen Rest von Gerechtigkeit und überlieferten Moral erhalten hat, höchstens die Allerwelts-Interessenten am Faschismus ausgenommen? Darum werden den neu ausstaffierten deutschen »Rechtswaltern« die neuen Hohheitszeichen mit Schnüren, Spangen und Kordeln besonders gut stehen. Vorne sind sie üppig dekoriert; hinten verpestet ihr Gestank die ganze Welt... F. E. Roth.

Deutschland - die glücklose Lohninsel

Um keinen Preis Lohnerhöhungen!

In Deutschland ist eine Diskussion über Lohnerhöhungen in Gang gekommen. Um es aber gleich zu sagen: bei diesen nationalsozialistischen Erörterungen handelt es sich nicht etwa um die Frage, ob und in welchem Ausmaß Lohnerhöhungen durchgeführt werden sollen, sondern vielmehr um die Gründe, aus denen jedes Zugeständnis verweigert werden soll. In einer Unterredung zwischen Schacht und Ley hat Schacht auf die schüchternen Vorstellungen des Gewerkschaftsräbers, ohne Zugeständnisse würde die Arbeitsfront um den letzten Rest ihrer Stellung bei der Arbeiterschaft gebracht, geantwortet: Sie glauben wohl, wir leben in einer Konjunktur, da täuschen Sie sich aber gewaltig. Und in seinem »Deutschen Volkswirt« läßt Schacht des längeren nachweisen, daß für Lohnerhöhungen in der Wirtschaft der Diktatur kein Raum sei. Was an Gewinnen entstehe, — darauf lief die Beweisführung hinaus — das müsse dem Staat für die Finanzierung seiner Rüstungen und dem Rüstungsindustriellen für vermehrte Akkumulation zur Verfügung stehen. Deshalb sei eine gleichzeitige Konsumsteigerung unmöglich. Dadurch würden nur die Preise weiter erhöht und der Fortgang der Konjunktur — lies: Rüstungsproduktion — gefährdet. Gegen diese Offenherzigkeiten wendet sich erregt der »Wirtschaftspolitische Dienst« der Nationalsozialistischen Partei-Korrespondenz:

»Für den Nationalsozialismus sei die bessere Entlohnung des deutschen Arbeiters keine Konjunkturfrage. Der nationalsozialistische Staat stehe und falle mit der sittlichen Forderung des »Rechts auf Arbeit«. Dieses Recht, das niemals von einer wirtschaftlichen Lage abhängig gemacht werden könne, schließe aber auch das Recht auf Erhöhung der äußeren Lebenshaltung des schaffenden Menschen ein. Wenn dieses sittliche Recht zur Zeit noch nicht in dem Maße verwirklicht werden könne, das von Herzen gewünscht werde, so nicht, weil dem irgend eine »Konjunktur entgegenstehe, sondern nur deshalb, weil es vor einem noch höheren Recht zurückstehen müsse, dem der Selbsterhaltung des Volkes, der politischen Freiheit und der absoluten Sicherung der Nahrungs- und Rohstoff-Freiheit.«

Schacht wird natürlich zugestehen müssen, daß ihm die alten Pfg's doch noch über sind. Seinen wirtschaftlichen »liberalistischen« Argumenten kann jeder Arbeiter mit dem Hinweis auf den von Schacht doch sonst so gerühmten Aufstieg der deutschen Produktion und die anschwellenden Unternehmungen begegnen. Jetzt aber geht es um Sittlichkeit und Ethik, um das »höhere Recht«. Der Ley hat doch auch immer gesagt, höhere Löhne können wir Euch nicht geben, aber Eure Ehre hat Euch der Führer wiedergegeben. Schön und ehrenvoll ist es, für das Vaterland zu hungern, bis wir für das Vaterland sterben dürfen... Dagegen läßt sich schwer polemisieren, wenn dahinter der Terror steht.

Und noch in einem anderen, dem augenblicklich kritischsten Punkt, ist der Pfg dem Schacht überlegen. In Deutschland herrscht infolge der fieberhaften Rüstungskonjunktur in manchen Zweigen Mangel an Facharbeitern, der jetzt noch durch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit verschärft wird. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung weist darauf hin, daß in der Metall- und Maschinenindustrie sowie im Baugewerbe es keine Facharbeiter mehr in nennenswerter Weise gäbe. Er verlangt verstärkte Ausbildung guter Facharbeiter und eine verstärkte Lehrlingshaltung. Er macht sich auch über die Nährstandsideologen lustig, die den gewerblichen Nachwuchs zur »Ertüchtigung« und zur Bereitstellung billiger Arbeitskräfte für die Agrarier ein oder zwei Jahre in die Landwirtschaft schicken wollen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind solche auf längere Sicht und der Facharbeitermangel ist in einigen Berufen akut. Das hat dazu geführt, daß inmitten des allgemeinen Lohndrucks wenigstens einige Arbeiterkategorien in letzter Zeit kleine Verbesserungen erreichen konnten, daß also von hier aus ein gewisser Auftrieb einsetzte. Dagegen wendet sich der »Wirtschaftspolitische Dienst« mit voller Schärfe.

»Eine einseitige Erhöhung der an sich schon über dem Durchschnitt liegenden Facharbeiterlöhne wäre eine gewisse Ungerechtigkeit gegen die »konjunkturelle« nicht so günstig dastehenden Arbeiterkreise. Auch der Nationalsozialist werde solche Lohnerhöhungen ablehnen, weil sie nicht einer Mehrleistung des Facharbeiters entsprächen, sondern lediglich einer ohne Verdienst der Facharbeiter entstandenen »Konjunktur«. Das Ziel seien Leistungslöhne, nicht Konjunkturlöhne.«

Man sieht, gegen so viel Sittlichkeit ist kein Kraut gewachsen. Schacht, der elende Liberalist und Materialist, lehnt Lohnerhöhungen aus wirtschaftlichen Gründen ab — der Arbeiterfeind! Die Pfg's aber sind idealistische Sozialisten und bestehen darauf, daß die Lohnerhöhung ein — Ideal bleibt.

Der Kampf gegen jede Verbesserung der Lebenshaltung der Massen ist um so skandalöser, da erstens in keinem anderen Lande — das faschistische Italien vielleicht ausgenommen — die Lohnsenkung seit 1931 so stark war als in Deutschland. In Skandinavien, England und den Vereinigten Staaten sind die Reallöhne der beschäftigten Arbeiter sogar noch während der Krise gestiegen. In Deutschland hat die Diktatur, die schon nach dem Sturz der Regierung Müller einsetzende Lohnsenkung akut gesteigert. Die Nominallöhne sind verringert worden, die Tarifverträge werden seit der Zertrümmerung der Gewerkschaften nicht eingehalten, die Abzüge sind ins Unerträgliche gewachsen. Dazu kommt aber die Verringerung des Reallohns durch die fortgesetzte Steigerung der Lebenshaltungskosten, von der der amtliche Index nur ein ganz unzureichendes, absichtlich gefälschtes Bild gibt. Und das alles bei einem gesteigerten Arbeitstempo, das vermehrte

und verbesserte, nicht verringerte und qualitativ schlechtere Ernährung erforderte. War die Reduktion der Arbeitslöhne in Deutschland schon während der Krise größer als in allen anderen Industrieländern, so hat sich die Differenz zwischen deutschen und ausländischen Löhnen gerade in der letzten Zeit rapid vergrößert. Denn überall sind sehr bedeutende Lohnsteigerungen zu verzeichnen.

Sie waren relativ am bedeutendsten in Frankreich. Dank dem Sieg der Linken und dem Eingreifen der Regierung Léon Blum wurde bekanntlich in zentralen Verhandlungen zunächst eine allgemeine Lohnsteigerung von 10 bis 15 Prozent erreicht, und neben wichtigen sozialpolitischen Verbesserungen die Einführung des bezahlten Urlaubs und der Vierzigstundenwoche ohne Lohnkürzung, so daß Jouhaux die Gesamtverbesserung des Arbeitereinkommens auf etwa 35 Prozent beziffern konnte. Die französische Bewegung griff unmittelbar auf Belgien über. In den letzten zwei Monaten ist eine allgemeine Lohnerhöhung von 10 Prozent erfolgt; in einzelnen Industrien war die Steigerung größer, so im Kohlenbergbau um 12 Prozent. Dazu kommt auch in Belgien die Gewährung der bezahlten Urlaube. Weniger plötzlich und allgemein, aber ganz regelmäßig gehen Lohnverbesserungen in dem ganzen Gebiet der kapitalistischen Prosperität vor sich, das die Randstaaten, Skandinavien, England und seine Dominien sowie die Vereinigten Staaten umfaßt. Zusammenfassende Angaben stehen noch nicht zur Verfügung, und die Lohnzustände werden fast immer ohne größere Kämpfe erreicht. So sind zum Beispiel eben die Wochenlöhne der erwachsenen Arbeiter in der englischen Eisenindustrie um 4 Schilling die Woche (was an

Kaufkraft mehr als 4 RM bedeutet) heraufgesetzt worden, während die Eisenbahnarbeiter und die Kohlenarbeiter Lohnerhöhungen bereits vor einiger Zeit erreichen konnten. Dabei erweist es sich natürlich auch als falsch, daß die Aufrechterhaltung niedriger Löhne eine Bedingung der Verringerung der Arbeitslosigkeit sei. Denn in diesem ganzen Gebiet ist die Arbeitslosigkeit erheblich zurückgegangen, in Schweden, Norwegen, Finnland fast völlig geschwunden. Am schärfsten wird das arbeiterfeindliche Verhalten der deutschen Diktatur vielleicht dadurch charakterisiert, daß selbst der italienische Faschismus sich jetzt zu Zugeständnissen gezwungen gesehen hat. Die industrielle Arbeiterschaft Italiens umfaßt etwa 4 Millionen. Für annähernd drei Millionen sind jetzt die Löhne um etwa 7 bis 11 Prozent erhöht worden. Erhöhungen, die allerdings durch die Verteuerung der Lebenshaltung hier überfällig waren genau so wie sie es in Deutschland sind.

Daß sich die nationalsozialistische Diktatur als das schlimmste Hemmnis jeder Bewegung der Lebenshaltung erweist, hat allerdings seine besonderen Gründe. Es ist das wahnwitzige Tempo der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, das die Einschränkung des Konsums und die Niedrighaltung der Löhne bedingt; die Arbeiter dürfen nicht mehr konsumieren, weil die Produktivkräfte nicht für den Konsum, sondern für die Ausdehnung der Kriegserzeugung verwandt werden müssen. Die Lohnerhöhung widerspricht der Kriegsvorbereitung und wird damit zur Bedrohung des politischen Systems der Diktatur. Hinter dem Streik lauert für dieses System in der Tat die »Hydra der Revolution«!

Dr. Richard Kern.

Schacht-Geschäfte in Brasilien!

Konflikte mit englisch-amerikanischen Wirtschaftsinteressen

tr. Pernambuco, Anfang August.

Die wirtschaftliche Misere, in die der Nationalsozialismus und Schacht das deutsche Volk gebracht haben, und die daraus resultierenden Schwierigkeiten in der Rohstoffversorgung führen zu vermehrten Anstrengungen, Rohstoffe aus den südamerikanischen Ländern hereinzubekommen. Der Anteil Südamerikas an dem Gesamtvolumen des deutschen Außenhandels stieg nach dem Bericht der Deutschen überseeischen Bank von 1934 auf 1935 von 6,5 auf 9,5 Prozent! Am bemerkenswertesten sind die Versuche, den Brasilianern Baumwolle und andere Rohstoffe gegen Verrechnungsmark herauszulockern. Unter geschickter Ausnutzung der in den verschiedenen Teilen Brasiliens sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen gelang dem Dritten Reich anfangs Juni der Abschluß eines provisorischen Handelsabkommens, auf Grund dessen die brasilianische Regierung, die eine strenge Außenhandels- und Devisenkontrolle ausübt, die Ausfuhr von 62.000 Tonnen Baumwolle (verteilt auf zwölf Monate) gegen Zahlung in Verrechnungsmark gestattete. Allerdings umfaßt der größte Teil des zugestandenen Kontingents nur sehr geringwertige Sorten, für die Deutschland noch dazu Preise zahlen muß, die sonst für erste Qualitäten gelten! Die deutsche Regierung mußte sich außerdem zu einigen Zollermäßigungen, ferner zur Abnahme einer Reihe von Waren verpflichten, an denen in Brasilien ein Ueberfluß besteht: Kaffee, Tabak, Bananen, Gefrierfleisch, Orangen.

Die deutsche Regierung hat sich verpflichtet, die 1,6 Millionen Sack Kaffee, die sie Brasilien abnehmen muß, nicht wieder auszuführen. Bei der allgemeinen Mentalität der deutschen Wirtschaftsführung und einigen praktischen Erfahrungen, die südamerikanische Länder schon mit dem Dritten Reich gemacht haben, besteht allerdings nicht der geringste Zweifel, daß sich die Reichsregierung an dieses Versprechen nicht halten wird! Sie wird, wie schon einmal, den Kaffee mit Verrechnungsmark bezahlen und ihn, um Devisen zu bekommen, zu konkurrenzlos billigen Preisen auf solchen Märkten verkaufen, wo die Brasilianer ihren Kaffee sonst zu regulären Preisen absetzen können.

Eine besondere Bewandnis hat es mit der

deutschen Genehmigung für die Einfuhr von 200.000 Kisten Orangen. Der Vorsitzende des »Syndicato de Exportadores de Fructas do Brasil«, Herr Alberto Cocozza, teilt nämlich mit, die deutsche Reichsregierung habe diese Genehmigung nur unter der Voraussetzung erteilt, daß — im Gegensatz zu der sonst üblichen Regelung — eine einzige deutsche Privatfirma (unter Ausschaltung jeder Konkurrenz!) das Recht zu dieser Einfuhr erhält. In einer öffentlichen Eingabe wirft der Präsident des Syndikates der Reichsregierung vor, sie unterstütze »ein spekulatives Manöver zugunsten einer einzigen Firma«. Ueber diese neudeutsche Geschäftsmoral wundert sich aber höchstens ein halber Brasilianer über solche Dinge, bei denen — nach Meldungen, die der brasilianische Exporthandel aus Hamburg erhalten hat — einige geschäftstüchtige Pgs. einen großen Schnitt machen wollen!

Viel wichtiger als diese Detailfragen ist aber die Opposition, die in Brasilien schon vor dem Abschluß des provisorischen Handelsabkommens gegen Kompensationsgeschäfte mit Deutschland bemerkbar war. Insbesondere der Finanzminister Souza Costa gehört nicht zu den ausgeglichtesten Freunden der Regelung... Man fürchtet nämlich unlautere Geschäftsmethoden der Deutschen bei der Durchführung der einzelnen Vertragsbestimmungen, und fragt sich außerdem besorgt, unter welchen Bedingungen Brasilien seine Marktguthaben wird später verwerten können. Nebenher geht noch ein starkes Mißtrauen gegenüber der deutschen Währung und schließlich hat man Befürchtungen vor unangenehmen Rückwirkungen dieses Vertragsabchlusses auf das übrige Ausland, insbesondere auf die Vereinigten Staaten und England!

Die Nationalsozialisten haben anfänglich die Proteste, die (offiziell und inoffiziell) insbesondere von nordamerikanischer Seite kamen, nur mit Schadenfreude zu Notiz genommen. Sie haben sogar die Brasilianer anzustiften versucht, die Demarchen der USA. nicht ernstzunehmen, weil sie, in ihrer Freude über den Abschluß des Geschäftes, das Gefühl für die tatsächlichen Machtverhältnisse verloren hatten.

Zu gleicher Zeit mit den hartnäckigen Demarchen der nordamerikanischen Diplomatie und anderen (vielleicht noch eindrucksvolleren) inoffiziellen Schritten wuchsen — zum Teil unabhängig davon — die eigenen Bedenken der Brasilianer. Sie schufen darum mit größter Beschleunigung einen eigenen Kontrollapparat für die Ueberwachung des Kompensationsverkehrs mit Deutschland, waren sie doch inzwischen über die diversen Praktiken und Winkelzüge der Schachtschen Wirtschaftspolitik einigermaßen informiert worden. Nach zuverlässigen Meldungen befehlen sich die Brasilianer aber ansehend überhaupt nicht mit der praktischen Inkraftsetzung des Vertrages, insbesondere soweit es die Baumwolllieferungen betrifft. Die deutschen Vertreter, die zur Uebernahme der Waren von Deutschland nach Brasilien kamen, wurden zwar mit der hier üblichen Höflichkeit empfangen. Sie konnten aber bis zur Stunde noch keinen einzigen Faden Baumwolle übernehmen. Außer einem bisher völlig ergebnislosen Antichambrieren erschöpft sich ihre ganze Tätigkeit in der Bewunderung der landschaftlichen Schönheiten in der Umgebung Rio's und der halbdunklen Schönheiten in der brasilianischen Bundeshauptstadt selbst. In ihrer eigentlichen Mission, die Baumwolle zum Import nach Deutschland freizubekommen, sind sie trotz aller Versprechungen noch keinen Schritt weitergekommen!

Es sieht auch sonst nicht danach aus, als würden in handelspolitischer Beziehungen die neudeutschen Bäume so schnell in den recht unberechenbaren brasilianischen Himmel wachsen, wie es sich Herr Schacht und seine Leute vorgestellt haben. Sind Brasilianer erst einmal mißtraulich geworden, bleiben sie zwar noch immer liebenswürdig und vermeiden ein brutales »Nein!« — man kann aber bei ihnen dann kaum noch etwas ausrichten! Im übrigen unterschätzt das Dritte Reich ganz bestimmt die Wirkung, die seine muntere Betriebsamkeit in Brasilien, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika auslöst. Bei der braunen Katastrophenpolitik kommt es allerdings auf einen weltpolitischen Konfliktsstoff mehr oder weniger gar nicht mehr an...

Die antifaschistische Kritik

Zur Aufrüttelung der Trägheit der Herzen

Die antifaschistische Kritik, ob sie in Wort oder Bild ausgeübt wird, hat sich in ihren Inhalten und Methoden nach dem Gegner zu richten, den sie bekämpfen muß. Diese Feststellung, die sich notwendig aus dem Wesen jeder Kritik ergibt, ist dennoch nicht ganz überflüssig. Denn bei manchen Zeitgenossen, und gerade auch bei solchen, die nicht direkt nationalsozialistisch versucht sind, stößt der antifaschistische Kampf auf Gleichgültigkeit, Ablenkung oder Widerwillen. Fragt man nach den Gründen dieses Verhaltens, so erhält man fast immer die gleiche Antwort. Die antifaschistische Kritik, wie sie den Unzufriedenen in den Zeitungen und Zeitschriften der deutschen Emigration entgegentritt, ist ihnen zu unterstrichen, zu grob oder zu gehässig. Sie wünschen mehr Ruhe, Würde und Objektivität.

Nun braucht man freilich nicht jeden Exzeß und die mitunter recht primitiven Veröffentlichungen zu entschuldigen, die wie in jedem Lager so auch in der weit verzweigten, den verschiedensten Richtungen dienstbaren und unter schwierigsten Verhältnissen arbeitenden Publizistik der deutschen Emigration anzutreffen sind. Trotzdem soll man sich die Menschen genauer betrachten, die mit ihren generell ablehnenden Urteilen über die antifaschistische Kritik so leicht bei der Hand sind, und soll sie belehren. Für die Methoden des politischen Kampfes gegen die Reaktion gibt es überzeugende und klassische Beispiele großer Künstler und Dichter. Eines der schlagendsten Beispiele sind die unerhört scharfen und blässigen Attacken, mit den denen der große englische Ironiker Jonathan Swift, der weltberühmte Verfasser von Gullivers Reisen, die gesellschaftlichen Zustände seiner Epoche angriff. Man kann auf die genialen Radierungen des spanischen Malers Goya verweisen, der mit unerbittlichem Realismus die Greuel des Kriegs und die Opfer menschlicher Dummheit und fanatischer Verfolgungssucht zeichnete. Da sind

die exemplarischen Streitschriften Voltaires, Diderots und anderer Enzyklopädisten gegen die feudale und klerikale Reaktion, jene glänzende Literatur, die den Weg für die französische Revolution bereitete. Da sind die großartigen Zeichnungen und Karikaturen des französischen Malers Daumier gegen die Fratzen eines gewissenlosen Kapitalismus und des Schiebertums in der Politik. An den »Hessischen Landboten« Georg Büchners mit seinem Motto »Friede den Hütten, Krieg den Palästen!« muß man erinnern als an das Muster jeder illegalen Aufklärungsschrift. An die Pamphlete Victor Hugos gegen Napoleon »den Kleinen« soll man verweisen, gegen den Schariatan auf dem französischen Thron und den gerissenen Ahnherrn aller faschistischen Methoden. Zolas mutiges J'accuse darf man schließlich nicht vergessen, das er einer militaristisch und antisemitisch verblendeten Justiz entgegenschleuderte.

Diese Dichter und Künstler wirken darum auch heute noch so überwältigend, gerade weil sie die Stärke ihres Hasses keineswegs verhehiten, weil sie ihn betonten und unterstrichen, soviel sie nur konnten. Sie wußten alle, daß sie einen Gegner zu bekämpfen hatten, der selber keine Schonung und Rücksicht kannte und dem man mit sanften Mitteln nicht beikommen konnte. Bei ihren Feinden, den rückwärts gewandten Privilegierten, herrschte Heuchelei, brutale Unterdrückung und Ausbeutung. Auf ihrer Seite war das Recht, die Freiheit und der Fortschritt des Menschengeschlechts. Sie brauchten keine Rechtfertigung für ihr Tun, da der Stolz dieses Bewußtseins sie mit einer Leidenschaft erfüllte, vor deren Glut die Bedenken schmolzen, ob ihre Kritik sich im Ton vergreifen, ob sie zu kraß oder zu scharf sein könnte. Wenn sie nur wirkte, wenn sie den mächtigen Gegner nur traf! Ihr Angriff mußte auch darum von größter Heftigkeit sein, weil sie nicht nur die Machthaber zu bekämpfen hatten, sondern mindestens ebenso sehr die Gleichgültigkeit

ihrer Zeitgenossen. Denn nur zu leicht gewöhnen sich die Menschen auch an die schlimmsten Zustände, auch an das schreiendste Unrecht, vor allem wenn die zahlreichen, mehr oder minder bestochenen Hüter der bestehenden Mächte, wenn Schule, Presse und alle Organe der öffentlichen Meinungsbildung von einer gottgewollten, durch die Jahrhunderte geheiligten Ordnung reden. Eine derart befestigte Welt kann man wirklich nicht mit zarten Farben und mit säuselnden Worten in Trümmer legen. Die Männer, die für eine neue und bessere Erde kämpften, waren sich darüber im klaren. Hinter all ihren Äußerungen stand als Antrieb der Schlachtruf Voltaires, mit dem er nicht müde wurde, seine Mitwelt anzufeuern: »Ecrasez l'infâme — vernichtet die Schmach!«

So war es einst und wie könnte man es heute anders halten, wo sich im Herzen Europas eine Gewaltherrschaft eingerichtet hat, die ihresgleichen in der Geschichte sucht! Dabei waren in den Zeiten der französischen Aufklärung, selbst noch in der Epoche des großen Realisten und Menschheitsfreundes Zola die Begriffe der Humanität und der sozialen Gerechtigkeit nur erst ideale Forderungen, die keine oder eine recht mangelhafte Realisierung gefunden hatten. Nicht zuletzt dank der Wirksamkeit dieser Männer hatten sich die progressiven Tendenzen seitdem immer ungestümer entfaltet. Die ungeheure Erschütterung des Weltkrieges hatte sie nur noch beschleunigt. In manchen Ländern waren sozialistische Regierungen zur Macht gekommen, in andern hatten die mächtig angewachsenen sozialistischen Parteien einen Druck ausgeübt, der zum Wohl der ganzen Menschheit humanere Gesetze zeitigen half. Der Gedanke des Sozialismus marschierte und es war bei der fortschreitenden Zersetzung der kapitalistischen Ordnung klar, daß er den Sieg erringen würde. Da hatte der Faschismus zum Gegenschlag ausgeholt, am furchtbarsten und grausamsten in Deutschland, dem

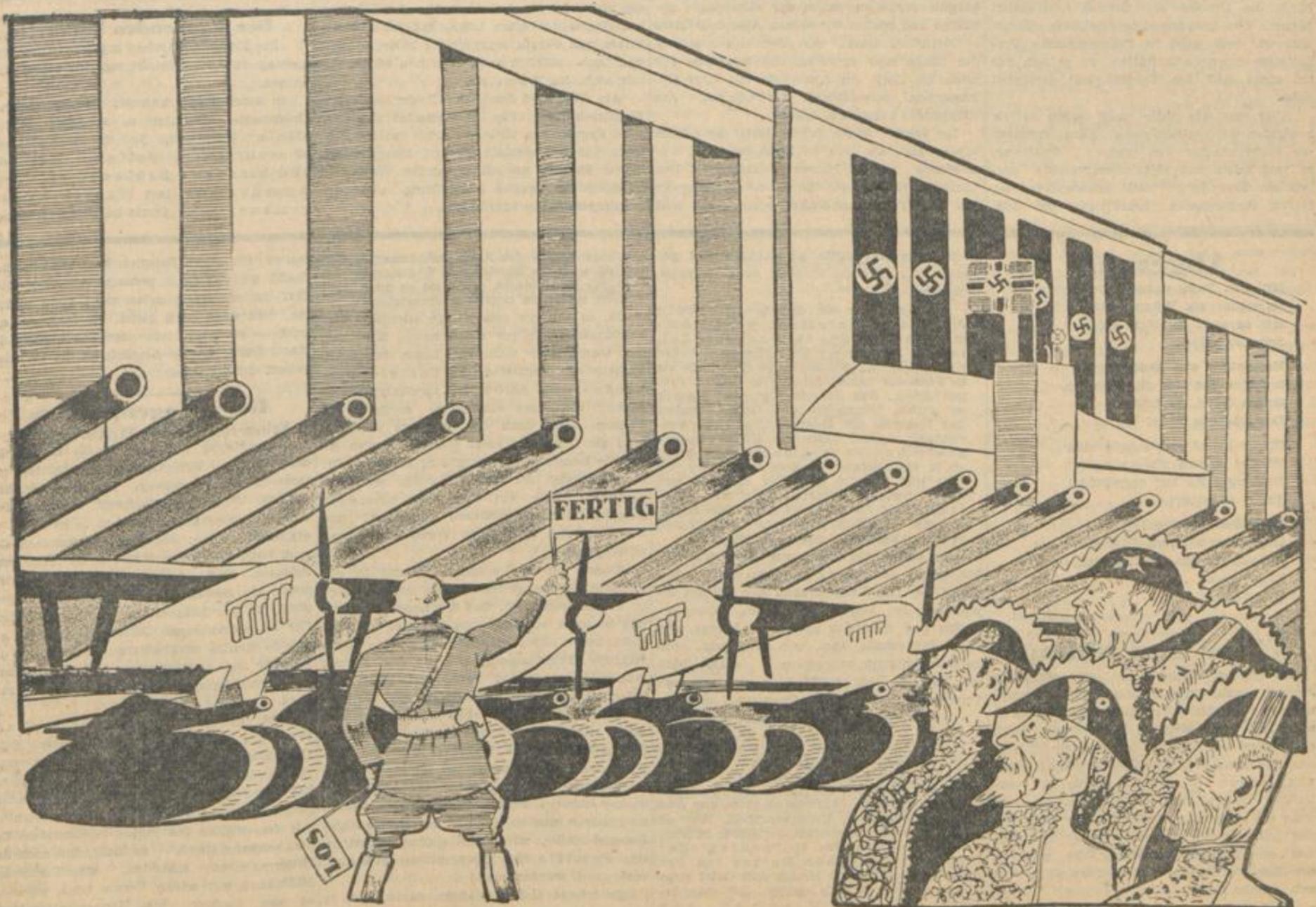
Land, dem wir angehören und das wir lieben, dem Land, in dem die Ideen des Sozialismus und der Humanität geboren wurden.

Was verlangt man von uns, den antifaschistischen Kritikern? Kann man im Ernst von uns erwarten, daß wir mit kühler Ruhe das wahnsinnige Treiben von Menschen betrachten, die das Rad der Geschichte rückwärts drehen wollen und in ihrer blinden Zerstörungswut bis auf die Wurzeln alles vernichtet haben, was es an mühsam erkämpften politischen, kulturellen und sozialen Errungenschaften in Deutschland gegeben hatte?

Viele unserer Freunde und Genossen, die dem barbarischen Gesindel in die Hände fielen, wurden viehisch ermordet. Manche von ihnen wurden gefoltert, Nacht für Nacht aus den Betten geholt, von besoffenen Burschen getreten, gepöbelt; mit Stahlruten wurden ihnen die Nieren zerschlagen, sie wurden in Stehsärge eingeschlossen. Viele von ihnen schmachten noch immer in der Hölle der Konzentrationslager unter Qualen, die nur der teuflischste Sadismus erfinden konnte. Und wir sollten das alles ohne Groll und mit sanften Worten besprechen?

Wer der antifaschistischen Kritik Uebertreibungen vorwirft, übersieht oder will geflissentlich übersehen, daß es die deutsche Naziwirklichkeit selber ist, die unaufhörlich Uebertreibungen unwahrscheinlichster Art produziert. Shakespeare, der sich in den dunkelsten Tiefen der menschlichen Seele auskannte und überreich an blutigen, grausamen Bildern ist, hat keine Szene sich ausdenken können, die an blütiger und grotesker Gemeinheit den Vorgängen eines dreißigsten Juni gleichgekommen wäre. Kein Politiker konnte die Schande der Juden- und Rassen-gesetze ahnen. Der Satiriker braucht seinen Witz nicht mehr sehr zu bemühen. Er braucht nur wörtlich darzustellen, was an Dummheit und Unsinn drüben täglich geschieht. Der Liebhaber der deutschen Sprache, der sich mit dem braunen Schriftum be-

Der Parteitag des Friedens



Was jeder HJ-Führer wissen muß

schäftigen soll, steht entwaffnet vor so vielen Schnitzern, soviel Albernheit und Wortungeheuern. Der Karikaturist, den die Gesichter des Dritten Reiches anstieren, hat nie soviel Stoff zu Fratzen gefunden. Kurz, es ist die vollendete Barbarei, der furchtbarste Rückschlag aller Zeiten, dem die antifaschistische Kritik gegenübersteht.

Und sie sollte das nicht mit nackten, deutlichen Worten sagen? Die antifaschistische Kritik steht im Dienst der einzigen rettenden Idee, die eine gequälte Menschheit von ihren Nöten befreien kann. Sie hat ihre Pflicht zu erfüllen, ihren Todfeind zu entlarven, ihn der Schande preiszugeben und zum Untergang reif zu machen. Mögen empfindsame Gemüter unbeeindruckt bleiben und weiter mit ihrem Ton unzufrieden sein, es soll sie nicht kümmern, es kann sie in ihrem Kampf nur bestärken. B.

Der Nansenpaß als Retter

Von Franz von Puttkamer.

Rivesaltes, 2. September 1936.

Mein sehr seltsames Erlebnis, das in meiner gewaltsamen Auslieferung durch die spanischen Faschisten von Ibiza an ein deutsches Schiff gipfelte, um dann überraschenderweise statt im deutschen Konzentrationslager mit allgemeinem Händeschütteln in Genua zu enden, enthält über das Persönliche hinaus einige politische Momente allgemeiner Bedeutung.

Diese Geschichte beginnt im September 1934, als im Hafen der Mittelmeerinsel Ibiza das deutsche Frachtschiff »Trappan« zum erstenmal mit einer Hakenkreuzflagge erschien. Wie in vielen Häfen mit organisierter Arbeiterschaft traten auch die Hafendarbeiter von Ibiza in Streik.

Am Streikbeschluß hatten wir keinen Anteil. Sehr bald entstand aus unserer Dankbarkeit gegenüber den Arbeitern die Idee einer Sammlung zugunsten der armen Hafendarbeiter, die ihrer und unserer politischen Überzeugung ein großes Opfer brachten.

Sehr rasch waren 70 Poeten beisammen, ein angesichts des Lohnausfalls bescheidener Betrag, den wir zu dritt im Gewerkschaftsbüro der Hafendarbeiter abliefern.

Nebenbei teilte man uns dort mit, daß das Schiff auf Grund eines Kompromisses ausgeladen werden könne. Da nach internationalem Seerecht nachts alle Flaggen eingezogen würden, werde man das Schiff eben bei Nacht ausladen. Etwas enttäuscht zogen wir ab.

Am folgenden Tage wurden wir drei verhaftet, da die Nazis uns der spanischen Behörde als Urheber des Streiks denunziert hatten. Wir konnten den Nachweis führen, daß wir uns nicht in innerspanische Verhältnisse eingemischt hätten, da es sich nur um einen Akt der Wohltätigkeit gehandelt habe.

Aber was wir aktiv nicht getan hatten, bewirkten wir sogleich passiv. Kaum erfuhren die Hafendarbeiter von unserer Verhaftung, so war schon das »Nachtkompromiß« zerbrochen. Das Schiff blieb unausgeladen im Hafen. Andererseits bekräftigte der Gouverneur der Balearen durch telegrafische Anweisung unseren Haftbefehl. Unsere Lage war schwierig, weil damals gerade in Spanien eine Rechtskoalition am Ruder war.

In der Gauführerschule Rippen wurde ein Schulungslehrgang der Kreisjugendwälder und Kreisjugendreferentinnen des Gaues Ostpreußen abgehalten. Manch einen interessiert es vielleicht, was die jungen Leute bei solch einem »Schulungslehrgang« eigentlich lernen, und die »Preussische Zeitung« (Nr. 217) ist so freundlich, darüber Auskunft zu geben.

Zunächst erfahren die Schüler, daß jedes Gemecker auch dann Landesverrat ist, wenn nur Blockwarte oder andere Unter-Unterführer davon betroffen werden:

»Der Gauorganisationsleiter der NSDAP, Parteigenosse Dargel, erklärte in seinen Ausführungen: Wenn heute jemand erklärt, daß er den Führer vollkommen anerkenne, irgendeinen Unterführer aber ablehne und ihn somit angreift, der greift auch den Führer an.«

Also Vorsicht bei der Aufdeckung parteiamtlicher Unterschlagungen!

Weiter wird den Hörern eingetrichtert, die Lebensmittelknappheit gehöre zum Aufbau und müsse heroisch ertragen werden. Der gleiche Redner sagte:

»Die späteren Geschichtsschreiber werden sicher über die Einführung der Wehrhoheit und damit über ein gigantisches Werk unseres Führers berichten und nicht über die Butterknappheit schreiben.«

verneur der Balearen durch telegrafische Anweisung unseren Haftbefehl. Unsere Lage war schwierig, weil damals gerade in Spanien eine Rechtskoalition am Ruder war.

Unsere Verhaftung weckte ein ungewöhnlich starkes Echo in der spanischen Bevölkerung. Ein Priester, der mit einem meiner Leidensgenossen bekannt war, erschien selbst wiederholt im Gefängnis, ließ sich alles genau erklären und sandte schließlich ein endloses Telegramm an den ihm befreundeten Gouverneur. 35 liberale Bürger unterschrieben eine Petition, die ebenfalls dem Gouverneur telegrafisch übermittelt wurden. In der sie sich für uns verbürgten. Die gleichzeitige Generalstreikdrohung wurde von dem schlauen Gewerkschaftssekretär nur dem rechtgerichteten Bürgermeister geflüstert, der nun seinerseits »Um des lieben Friedens willen« sich der Telegrafiererei an den Gouverneur anschloß.

Unter dem Druck dieser »Weimarer Koalition« ließ der Gouverneur uns am vierten Tage laufen. Die Angelegenheit sei für uns ohne alle und jede Konsequenz niedergeschlagen. Im Augenblick, als wir das Gefängnis verließen, sahen wir »Trappan« abfahren und hörten wir seinen Abschiedstuten.

Natürlich waren wir über den Ausgang der Dinge sehr vergnügt und belächelten vor allem die Rolle der Nazis, die mit ihrer Gehässigkeit unzweifelhaft das Löschen von »Trappan« verhindert hatten.

Im Januar dieses Jahres lebte die Affäre wieder auf, als ich in Budapest die Erneuerung meines Passes beantragte. Der deutsche Konsul der Balearen verweigerte mir den »Unbedenklichkeitsvermerk«, weil

Nachdem in solcher Weise klargestellt war, über was nicht geredet werden dürfe, kamen die Dinge an die Reihe, über die viel und oft geredet werden soll und muß:

»Parteigenosse Rohde ging auf hin und wieder vorkommende Streitfälle zwischen Meister und Lehrling ein. Wenn z. B. der Meister dem Lehrling sagt, der Beruf gehe dem HJ-Dienst vor, so ist hierzu zu sagen, daß der Dienst in der NSDAP und damit in der HJ genau so wichtig ist, wie der Beruf. Es gibt keinen guten Handwerker, wenn er nicht gleichzeitig auch ein guter Nationalsozialist ist.«

Bisher scheint sich diese Auffassung nicht recht durchgesetzt zu haben, denn:

»Parteigenosse Ebeling machte darauf aufmerksam, daß die Bestimmung des Landeshandwerksmeisters, Parteigenossen Magunia, dahin geht, daß im Handwerk nur Lehrlinge eingestellt werden, die der HJ angehören. Es dürfte natürlich nicht vorkommen, daß er vor Eintritt in die Lehre seinen Beitritt zur HJ erklärt, und dann ach Eintragung in die Lehrlingsrolle wieder aus der HJ austritt. Dieses sehe er als einen Entlassungsgrund an, denn wer nicht tragbar für die HJ ist, der ist auch nicht tragbar für die Lehre.«

Wehe dem Kleinmeister, der sich seinen Lehrling nicht »entlassen« lassen möchte!

ich es als früherer sozialdemokratischer Redakteur unternommen hätte, spanische Arbeiter gegen ein deutsches Schiff aufzureizen, und zwar mit dem Versprechen von 2000 Peseten. Das war mir neu! Nie war von dieser Summe die Rede gewesen. Offenbar war das die alte Nazilüge! Auf die Idee, mich einmal zu fragen, war der Konsul nicht verfallen. Ohne jede Prüfung wurde so aus einer Denunziation eine Urteilsbegründung eines deutschen Konsulats.

Der deutsche Konsulatsbeamte in Budapest bot mir einen kurzfristigen Paß zur sofortigen Rückreise nach Deutschland an! Ich zog die ungarische Identitätskarte, gültig für 6 Monate, vor, die mir die ungarische Polizei ausstellte. So konnte ich nach Spanien zurückkehren.

Bei Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges war ich wieder in Ibiza. Die kleine Garnison der Insel machte die Rebellion der Generale mit. Zwischen dem Kommandanten der Rebellen und dem deutschen Vizekonsul entstand sehr bald ein lebhaftes Zusammenarbeiten, das sich jedoch nur auf Transport- und Wohlfahrtsfragen zu beziehen schien. Daß der deutsche Vizekonsul meine Auslieferung auf Grund der alten Lüge, daß ich die Arbeiter zum Streik »aufgereizt« hätte, fordern und dann natürlich auch erreichen würde, fiel mir nicht im Traum ein.

Am Vorabend der Ankunft des deutschen Frachtschiffes wurde ich verhaftet und ohne jede Angabe von Gründen, trotz meiner Proteste auf das deutsche Schiff transportiert. Einem Freunde gegenüber hat der Vizekonsul ausdrücklich meine Ausweisung mit der Schiffsgeschichte begründet.

Nun war es wohl an der Zeit — so etwa am fünften Tage des Lehrganges — ein Wörtlein über den Sozialismus zu sagen. Das ließ sich zuerst ganz kräftig an:

»Es sprach der Gauorganisationswälder der DAF, Grickbus: Wir verbitten es uns, daß verschiedene Betriebsführer »Schulterklopfssozialismus« betreiben. Die, die nur am 1. Mai und 1. Oktober mit dem Arbeiter scheinbar kameradschaftlich zusammensitzen, lehnen wir ab, denn der Betriebsführer hat sich jederzeit um seine Gefolgschaft zu kümmern. Die Arbeitskraft ist das Größte und Schönste, was ein Volk hat, und deshalb hat der Betriebsführer für soziale Verhältnisse zu sorgen.«

Die schulterklopfenden Betriebsführer, die den Bericht etwa gelesen haben sollten, werden sicher aufgeatmet haben, wenn sie auf den nun folgenden Satz stießen:

»Wir werden eines Tages dahinkommen, daß der Arbeiter nicht nach Tarifen, sondern nach Leistungen bezahlt wird.«

Das ist ja gerade der heißeste Wunsch der Schulterklopfer. Und somit zeigte es sich, daß die böse »Wir-verbitten-uns«-Drohung gar nicht so ernst gemeint war.

Das alles lernen die Kreisjugendwälder und Kreisjugendreferentinnen bei einem Schulungslehrgang.

Auf dem deutschen Schiff zog ich naturgemäß meinen ungarischen Paß.

»Das habe ich nicht gewußt!«, stammelte der Vizekonsul.

Und: »Da können wir nichts machen!«, sagte der erste Offizier im Einverständnis mit dem Kapitän. Ich war frei auf dem Schiff! Nur nach Ibiza konnte ich im Augenblick nicht zurückkehren. So erlebte ich nicht die Eroberung Ibizas durch die Regierungstruppen.

An einem Mittwoch mußte ich die Insel verlassen. Schon am folgenden Samstag wurde Ibiza bombardiert und ergab sich am Sonntag. Der Kommandant der Rebellen erschoss sich, nachdem er den Befehl zur Hisung der weißen Fahne gegeben hatte.

Durch Radio-Madrid, der meine Auslieferung in fünf Sprachen mitteilte, darunter natürlich in deutsch, sind hoffentlich andere deutsche Emigranten, die sich in Rebellenhäfen befanden, rechtzeitig gewarnt worden.

Denn Vertrauen in ein Mindestmaß von Respekt vor Recht und Menschlichkeit ist bei spanischen Faschisten offenbar ebenso unangebracht wie bei den deutschen!

Der stauenden Nachwelt

»Die Kreisstadt Ortelsburg feierte am Donnerstag die Grundsteinlegung des neuen Rathauses.«

In einer Kupferkassette wurden mehrere Dokumente, darunter u. a. Adolf Hitlers »Mein Kampf«, je ein Exemplar der »Preussischen Zeitung« und des »Völkischen Beobachters« sowie Auszüge aus den Wahlakten eingemauert. (Deutsche Pressemeldung.)

Abgesang

Mit dem Satz, wonach die Buben
Immerdar als Buben enden,
Hat es auch bei Nazi-Kuben
Sein Bewenden.

Korruption und Saufgelage
brachten ihn um die Karriere.
Sowas hütet heutzutage
Deutschlands Ehre!

Dieser Wicht hat ausgewuchtet;
Was er ändern als ein geber
Neidling stets hat angedichtet,
Trieb er selber!

Doch des Paladins Debakel
Dient des Führers Glorienscheine:
Ausgetilgt wird dieser Makel,
Dieser eine . . .
Dieser eine!

Muckl.

Väter und Söhne

Im Dritten Reiche wächst eine arrogante Jugend heran, denn da die Aeltern immer wieder an die schöne Zeit zurückdenken, als es noch Recht und Meinungsfreiheit gab, muß der Jugend von Staats wegen eingeredet werden, das damals sei alles liberalistischer Mumpitz gewesen, ein altes Sündenkonto verkalkter Generationen. Und so macht sich denn ein verzweifelter Vater in der DAZ einmal Luft, es gibt »zwischen Vater und Söhnen eine Auseinandersetzung, die heute in der Luft zu liegen und notwendig zu sein scheint.«

Er erzählt den Söhnen etwas von der vorolympischen Jugend, der für Sport keine Zeit

blieb, denn sie mußte arbeiten und gestaltete ihr bißchen Freizeit nach eigenem Ermessen:

»Es gab für sie damals noch kein Anhalten, Anleiten, kein Kommando zum Sport, Wandern, Zeiten zu körperlicher Ertüchtigung. Außer Elternhaus und Schule keine Stelle, die sie in Disziplin nahm. Es lag an jedem Jungen selber, was für ein Kerl und Mensch er wurde. Ungeschriebene Gesetze gaben den Rahmen des Möglichen und die Ausrichtung, jeder hatte die höchstpersönliche Verantwortung dafür, ob er ein anständiger Kerl wurde, der vor Gott und Familie und Volk und vor sich selber bestehen konnte. Und sie bestanden! Sie bewiesen es in dem Krieg, der sie gründlich auf Herz und Nieren prüfte. Anfangend mit Flandern.«

Das heißen die Söhne zur Not noch gelten, aber das Nachher, das nach dem Krieg? — Der Vater erzählt den Söhnen etwas von den allgemeinen Nöten, Schwierigkeiten und Kämpfen nach dem Kriege, ehe »der Nachschub« kam, der nötig war, »um zum Durchbruch anzusetzen.« Bis dahin war der alte Herr leidlich klar, aber mit dem Durchbruch setzt bereits Gestammel ein:

»Im Grunde war dieser Nachschub nicht revolutionärer als ihre Väter in der Jugend waren. Nur war das alles nicht so einfach damals. Da war das Reich groß, stark, geachtet, gefürchtet. Es gab Arbeit, Fortkommen, Hochkommen, Reichtum, Sicherheit, Aufwärtsentwicklung von einer scheinbaren Unbegrenztheit. Wer da spürte, wie trotz alledem der Boden brüchig wurde, wer da den Hufschlag der apokalyptischen Reiter von fern her hörte und einen Hauch vom Geist eines Neuen, einer Wende spürte, der war, bewußt oder unbewußt, schon ein Revolutionär, ein Träger der neuen Zukunft. Der Krieg zerschlug die

schöne Kruste des Alten unbarmherzig und stieß auch die Blinden und Widerstrebenden in das Neue hinein, wenn sie es auch noch nicht sofort zu begreifen vermochten.«

Ja, es gab vor dem Kriege allerdings Revolutionäre, »Träger einer neuen Zukunft«, das waren aber nicht die Leser der DAZ, sondern die Marxisten, die Sozialdemokraten. Sie hörten die »apokalyptischen Reiter« nicht nur von fern, sondern sie suchten ihnen auch den Weg zu verlegen. Und als ihnen das nicht gelang, standen sie für die Landesverteidigung auf, kämpften für einen Frieden der Verständigung, der dem deutschen Volke ein ehrenvolles Kriegsende eingebracht hätte, während Ludendorff und der völkische Troß einen Versailles Vertrag erkämpften.

Dieses Stück Geschichte kommt in der Polemik des Vaters leider recht schlecht weg; er verschweigt auch, daß die Leser der DAZ den braunen »Durchbruch« so total nie gewollt haben. Aber vielleicht sind seine Söhne richtige Hitlerjungen, wie sie der Führer wünscht: bereit, auf Vater und Mutter zu schießen und ihre Meckereien der Gestapo zu melden. Vielleicht haben sich diese Söhne schon einige Denunziantenpreise geholt, so daß dem Vater die Wahrheit über die Vergangenheit den Kopf kosten könnte. Nur so ist das zum Schluß unklare Gestammel des vorher klareren, leise meckernden alten Herrn zu erklären, und so bleibt er nur ein trauriges Beispiel dafür, wie heute drüben selbst in der Familie die geschichtliche Wahrheit verleugnet werden muß!

Er tröstet sich schließlich damit, daß ja auch »die Söhne seiner Söhne so um die Zwanzig herum« ihre Väter mancherlei fra-

gen werden. Zum Beispiel: Was habt ihr mit Recht und Freiheit gemacht?! Aber das darf der alte Herr schon nicht mehr andeuten, weil sonst auch gleich die DAZ mit abgeht — so total ist »der Durchbruch des Nachschubs« und so herrlich ist die »Wiedergeburt Deutschlands«.

Der »Wogenpralles«

Erinnerung an die Weltkriegslyrik.

Eine Mappe fällt mir in die Hand: Gedichte aus der Kriegszeit, ausgeschnitten, gesammelt von irgendwem, der geglaubt hat, auf die Weise der Nachwelt wertvolle Dokumente zu erhalten. Er hat es getan — in negativem Sinne: auf dem gekrampften Gezeim liegt dicker Staub und er ist nicht wegzublase. Nichts ist von dieser Gelegenheitsposse ins Bewußtsein des Volkes gedrungen, nichts in der Erinnerung haften geblieben. Der kommandierende Gefühlschwung ist genau so spurlos vorübergerauscht, wie der um zwanzig Jahre Nachkommende in abermals zwei Jahrzehnten abgetan und vergessen sein wird.

Gibt es keine Ausnahmen? — Karl Brögers Strophe vom ärmsten Sohn Deutschlands, der sein getreuester war, dürfte die einzige sein. Der Sozialdemokrat hat allein eine echte Gefühlsseite angeschlagen, hat etwas ausgesprochen, was wirklich mit dem Fühlen des Volkes in innerstem Zusammenhang stand, — so innig, daß noch das Hitlerregiment schänden, sinnfällenden Mißbrauch mit seinen Versen trieb, während es den Dichter ins Konzentrationslager sperrte . . .

Sonst — nichts! — Während der ersten

Sauerbruch an der „Arztfront“ Er verteidigt das 19. Jahrhundert gegen „Chaos und Mystik“.

Der Münchener Chirurg Professor Sauerbruch hat vor einiger Zeit Hitler operiert und ihm die Möglichkeit zurückgegeben, die Vollkraft seiner Stimme wieder in reiner Schönheit zu entfalten. Vielleicht ist dieses Bewußtsein der Unentbehrlichkeit für den Notfall der Grund, daß Sauerbruch sich mit seinen Meinungsäußerungen etwas freier hervorwagen kann als seinesgleichen. Im Verlauf einer Vortragsreihe in Berlin über „ärztliches Denken und Handeln im neuen Deutschland“ hielt Sauerbruch eine Rede, die voller offener und versteckter Spitzen gegen alles war, was das Dritte Reich an angeblich neuen Ideenschätzen ausgegraben hat.

Er wagte zunächst eine Verteidigung des naturwissenschaftlichen Denkens des 19. Jahrhunderts, das als materialistisch und liberalistisch von der nationalsozialistischen „Wissenschaftslehre“ in Acht und Bann getan worden ist. Dieses Jahrhundert habe vielmehr, so sagte Sauerbruch vor den erstaunt aufhorchenden ärztlichen Hörern, gewaltige wissenschaftliche Leistungen und technische Erfolge aufzuweisen, denen unsere Gegenwart so gut wie alles verdanke. Dann aber holte der Redner zum Angriff aus. Die gegenwärtige „Vertrauenskrise“ des wissenschaftlichen Denkens drohe in gefährlicher Weise zu entarten, „denn die Abkehr von ihm führe — nicht nur in der Medizin! — zu Chaos und Mystik.“

Aber damit nicht genug. Sauerbruch verleugnete die beanspruchten Prioritätsrechte der braunen Ideen und der braunen Wissenschaft. Schon seit langer Zeit habe gerade die Chirurgie eine „Synthese“ von anatomischem und biologischem Denken gefunden und praktiziert, kurz, der Ganzheitsgedanken der Wissenschaft habe sich in den vergangenen Jahrzehnten längst durchgesetzt. Sauerbruch überließ es seinen Hörern, die natürliche Schlußfolgerung zu ziehen: daß die deutsche ärztliche Wissenschaft im Dritten Reich schöpferische Leistungen nur noch auf dem Felde internationaler Blamagen zu gewinnen habe.

Dafür war die Rede des Reichsarztchefs Dr. Wagner vor diesen „führenden Persönlichkeiten der Berliner Ärzteschaft“ ein anregendes Beispiel. Nicht nur, daß er den Hörern das totale Arsenal an braunen Plattitiden über Rassepolitik vorlegte. Mit unauffälliger Ironie teilte die gleichgeschaltete Presse mit, daß durch diesen Redner die „Hauptstraßen des Marschplanes der deutschen Ärzteschaft“ vorgezeichnet worden seien. Wer diesen Wagner kennt und ihn je sprechen hörte, der weiß, daß es kein vollendetes Exemplar der Gefahren einer „unzutraglichen Mischung“ gibt als ihm selber. Auf diese bevölkerungspolitische Spezialleistung braucht das von Sauerbruch so lebhaft verteidigte neunzehnte Jahrhundert nicht besonders stolz zu sein.

Jugend ohne Recht

Die braune Parteibudjustiz am Werke

Vor dem Dritten Reich war das Jugendstrafrecht in Deutschland nach einheitlichen und humanen Grundsätzen geregelt. Das Jugendgerichtsgesetz bestimmte, daß jeder jugendliche Rechtsverletzer vor den Jugendrichter gehöre und daß leichtere Straftaten grundsätzlich mit Erziehungsmaßnahmen zu beantworten seien. Zu den „leichteren Straftaten“ zählten damals auch politische Vergehen „harmloser Art“ — Beschimpfung der Reichsfarben, Teilnahme an verbotenen Aufmärschen usw. —, und die weitaus meisten Jugendrichter ließen Angeklagte dieser Art mit einer Verwarnung davonkommen. Schwäche der Republik? Vielleicht. Aber gerade die Jugendrichter waren häufig nicht die schlechtesten Republikaner, und nicht staatsfeindliche, sondern rein menschliche Erwägungen gaben für ihre Milde auch gegen nationalsozialistische Jugendliche den Ausschlag. Wer je an Jugendgerichtsverhandlungen etwa der Jahre 1931—1932 teilgenommen hat — sei es als Schöffe, als Protokollant oder als Wohlfahrtspfleger — der weiß, wie wirr und hilflos gerade die Hitlerburschen sich vor Gericht zu benehmen und wie kleinlaut sie ihre Verwarnung einzustecken pflegten. Daß sie draußen auf dem Gang häufig die gelberde Sprache der nationalsozialistischen Blätter wiederfanden, hörten vielleicht die Zeugen — der Jugendrichter hörte es nicht.

Seit 1933 hat sich zweierlei gründlich gewandelt: die Einschätzung der Delikte und die Einschätzung der Person. Diebstahl und Diebstahl waren früher für den Jugendrichter nicht das Gleiche. Man forschte nach den Motiven und strafte etwa einen Burschen, der aus Not zum Diebe wurde, leichter als einen, den vielleicht Genußsucht zum Stehlen trieb — auch wenn die entwendete Summe im ersten Falle größer war. Die Person des Täters spielte dabei insofern eine Rolle, als ungünstige häusliche Verhältnisse, schlechtes Vorbild und verderbliche Kindheitseindrücke strafmildernd wirkten.

Diebstahl und Diebstahl — das ist auch im Dritten Reich nicht dasselbe. Aber nicht die Motive geben bei der Strafzumessung den Ausschlag. Was kümmert es den Richter, wenn der angeklagte Bursche hungert? Amtlicherseits gilt die Not in Deutschland als „restlos“ beseitigt und kommt schon deshalb als mildernder Umstand in Wegfall. Nein — ausschlaggebend ist einzig die Person des Täters, und diese Person wird nicht nach den privaten Lebensumständen beurteilt, sondern nach dem eigenen und nach dem eiterlichen Parteibuch. Hat die Partei kein Interesse daran, den Burschen oder das Mädchen zu halten, dann wird das jugendliche Alter — sofern der Richter befehlsgemäß handelt und was bleibt ihm an-

deres übrig — überhaupt nicht in Betracht gezogen. Einheitliche Regeln gibt es dafür natürlich nicht, aber der „Wille des Führers“ wird bekanntlich als rechtsbildend anerkannt, und dieser Wille beeinflusst nicht nur die Strafzumessung, er regelt auch den Strafvollzug.

Die Jugendgefängnisse der Republik waren als Erziehungsanstalten gedacht. Ihr Ziel: nicht Sühne, sondern Rückgewinnung des jungen Rechtsbrechers für die menschliche Gesellschaft. Jetzt sieht das anders aus. Im Führerorgan der nationalsozialistischen Jugend, „Wille und Macht“, heißt es:

„Wir haben uns die Frage vorzulegen, ob und inwieweit der Vollzug der Freiheitsstrafe gegen Jugendliche seinem Wesen und seinem Inhalt nach anders zu gestalten ist als der Strafvollzug gegen Erwachsene. Diese Frage ist grundsätzlich zu verneinen, weil heute jeder einzelne für sein Tun die alleinige Verantwortung trägt und sie nicht auf seine Umwelt abwälzen kann.“

Bei dem Strafvollzug an jungen Gefangenen ist daher von der Erwägung auszugehen, daß der junge Rechtsbrecher, dem das Gericht eine Freiheitsstrafe zuerkannt hat, die vollzogen werden soll, büßen und das begangene Unrecht sühnen muß, ebenso wie der erwachsene Verbrecher.“

Und wie der erwachsene Rechtsbrecher im Dritten Reich büßt, weiß man. Er unterliegt der Rache des herrschenden Systems, er soll nicht gebessert oder geheilt, er soll gequält und gedemütigt werden.

Im Widerspruch zu den Ausführungen in „Wille und Macht“ scheint es zu stehen, wenn das Mitglied der amtlichen Strafrechtskommission, Professor Friedrich Schaffstein, im „Jungen Deutschland“ den Grundsatz aufstellt, „daß man im Interesse der Selbsterhaltung des deutschen Volkes auf keinen Jugendlichen verzichten könne, der nach seiner Anlage noch ein brauchbares Glied der Volksgemeinschaft werden könne“ und daß „im Interesse der Volksgemeinschaft auf die Wiedereingliederung straffällig gewordener Jungmänner durch geeignete Erziehungsmaßnahmen Bedacht zu nehmen sei.“

Das scheint ein Widerspruch — es ist keiner. Was wir oben über die Einschätzung der Person sagten, das gewinnt hier Gestalt. Denn ein Jugendlicher, „der noch ein brauchbares Glied der Volksgemeinschaft werden könne“ — das ist ein Jugendlicher, der sich in der braunen Jugendorganisation bewährt hat, niemals ein Jugendlicher, der ihr fernsteht oder der sie gar ablehnt. Dem einen, ob er stiehlt oder unterschlägt, ist Milde zu gewähren, dem anderen, ob er gleich aus Not zum Rechtsverletzer wird, trifft die ganze Schwere des gesellschaftlichen Bannstrahls.

Wenn noch irgendein Zweifel an dieser

Auslegung der geltenden Richtlinien bestehen sollte, so wird er durch die folgenden, im gleichen Aufsatz des Professors stehenden Sätze behoben:

„Echte Strafe, die empfindlich sein soll und die Ehre des Jugendlichen mindert, scheint dabei in zwei Fällen notwendig zu sein: einmal, wenn es sich nach Vorleben und Anlage um einen hoffnungslos rückfälligen Kriminellen handelt, sodann, wenn die Tat selbst so schwer war (z. B. Mord, Hoch- und Landesverrat, schwere Brandstiftung), daß die Notwendigkeit einer Sühne alle Erziehungsrückalaken überwiegt.“

„Hoch- und Landesverrat“ stehen hier in gleicher Linie mit Mord und Brandstiftung. Was heute bereits als Hoch- oder Landesverrat gilt, weiß man: Weitergabe einer illegalen Flugschrift, Teilnahme an einer Unterstützungsaktion für die Angehörigen politischer Häftlinge, Abhören des Moskauer Senders. Die Milde, die dem jugendlichen — und den erwachsenen — politischen Angeklagten in der Republik gewährt wurde, richtet sich jetzt an den freiheitlich gesinnten Ueberzeugungstätern im Dritten Reich. Bedarf es noch eines Beweises, daß politisch vorbestrafte oder nur verdächtige junge Menschen — fünfzehn-, sechzehn-, siebzehnjährige —, sofern sie mit den Strafgesetzen in Konflikt kommen, vor einem deutschen Richter keine Milde zu erwarten haben, wie gering ihr Vergehen auch sein mag?

Gleichheit vor dem Gesetz — das galt einmal. Jetzt ist die Ungleichheit, die Ungerechtigkeit, die politisch gefärbte Willkür in allen Bezirken des deutschen öffentlichen Lebens zum Prinzip erhoben worden. Die Urheber und Verfechter dieser Willkür mögen sich nicht wundern, wenn ihre Saat aufgeht und wenn das von ihnen geschaffene Recht des Stärkeren sich eines Tages gegen sie selbst kehrt.

Das Geschäft blüht

Eine deutsche Pressemeldung besagt:

„Die beim Reichsbahnbetriebswerk Osterode beschäftigten Arbeitskammeraden... konnten das 25jährige Arbeitsjubiläum begehen. Durch den Gefolgschaftsführer wurden den Jubilaren Geldprämien und das Buch „Mein Kampf“ zuteil.“

Bei der Schulentlassung: „Mein Kampf“, nach abgedientem Landjahr: „Mein Kampf“, für hervorragende Leistungen, gleich welcher Art: „Mein Kampf“, als Eheprämie: „Mein Kampf“, den Täuflingen, den Musterkindern, den Blinden, den Tauben, den Kriegsoffizieren und nun auch den Arbeitsjubilaren: „Mein Kampf“. Es ist der einträglichste Kampf, der je gekämpft wurde.

Kriegsjahre wurde oft Lissauers — mit Recht vergessener — Haßgesang an England rezitiert, ein Gedicht des Oesterreichers Zukerkermann. „Drüben am Walderand / Hocken zwei Dohlen“ erlangte — auch nur für die erste Kriegszeit — eine gewisse volkshedhafte Verbreitung. Charakteristisch genug: die Dichter der beiden einzigen populären Kriegslieder waren — Juden!

Was die Träger bekanntester Namen sich abquälten — Hauptmann, Dehmel usw. — blieb Kunstichtung (und zwar schlechte); kaum eine Zeile davon gelangte über das literarische Publikum hinaus zu den Massen. Die Soldaten sangen ihre uralten Weisen von der Regimentsmarie, den Vögeln im Walde und dem Hamburger Mädchen; — nicht ein Moderner lieferte ihnen etwas Brauchbares dazu. Klafunds Versuche, dem traditionellen Soldatenlied eine Fortsetzung zu geben (so unmilitaristisch, wie die echten Soldatenlieder fast alle sind, die den Krieg nicht preisen, sondern des Kriegers Los sentimental beklagen), — dieser Versuch eines echten Lyrikers blieb ohne spürbare Wirkung.

Halt — es gab doch wenigstens ein populäres Soldatenlied aus neuerer Zeit, allerdings war es einige Jahre vor dem Weltkrieg entstanden, zur Zeit der Hottentottenkämpfe in Südwest-Afrika, und — man erschrecke nicht — sogar als Einlage einer Revue: die „Annenmarie“ (Im Feldquartier auf hartem Stein Ruh ich die müden Füße / Und sende in die Nacht hinein / Dem Liebchen tausend Grüße...), Text von Julius Freund, Musik von Holländer... Die Namen sagen es schon: beides Juden!

So bleibt denn das Faktum bestehen: das

Atom wertvolle Kriegsalter, das es gab, stammte von einem Sozialdemokraten, das bißchen populäre Kriegsalter von ein paar Juden.

Und was trieben die echten, die nationaldeutschen Barden in der Zeit? — Einer von ihnen bedichtete die Annexion von Longwy-Briey mit den Argumenten der Schwerindustrie („Das Eisen müssen wir behalten“), er verwechselte wirtschaftliche mit künstlerischen Werten! Ein anderer fühlte den Drang, Hoffmann von Fallersleben Nationalhymne „Deutschland über alles“ zu verbessern. Es schmerzte den Braven tief, daß in Hoffmanns Dichtung die Anfangszeilen sich nicht sämtlich aufeinander reimten (der Herr war offenbar ein Nachkomme des Schneiderleins aus Heinrich Heines Harzreise, das es mit der doppel gereimten Poesie hat!) Deshalb schlug der deutsche Barde allen Ernstes vor: Statt der Anfangszeilen „Deutschland, Deutschland über alles / Ueber alles in der Welt / Wenn es stets zu Schutz und Trutze Brüderlich zusammenhält“, — statt ihrer sollte künftig gesungen werden:

Deutschland, Deutschland über alles
Ueber alles in der Welt,
Wenn im Drang des Wogenpralles
Brüderlich zusammenhält!

Der „Wogenpralles“ — er ist mir als einzige feste Erinnerung aus dem Phrasenschaum der alldutschen Kriegsalter haften geblieben. Und merkwürdig: wenn mir ein literarisches Erzeugnis des Dritten Reiches zu Gesicht kommt, dann taucht er plötzlich hoch; ich schüttle wie ein nasser Pudel die Bardenbegeisterung von mir, und mein Mund tut fröhlich: „Wogenpralles!“ M.

Der politische Mord

Als in Davos der braune Propagandaleiter Gustloff ein Opfer des von ihm gepredigten Terrors wurde, heute das Dritte Reich empört auf und Hitler sprach das erschütternde Wort: die nationalsozialistische Umwälzung habe sich mit keinerlei Mordtaten befleckt. Dem Schweizer Juristen Hans Kilian ist ein solch ungeheuerliches Maß von Wahrheitsliebe zu dumm geworden, er ging hin und schrieb eine gewissenhafte Abfertigung: „Der politische Mord“ (Europaverlag). Der Verfasser verzichtete darauf, die braunen Bluttaten aufzuzählen, sondern er hebt die stupende Heuchelei des ganzen Systems ins helle Licht, indem er die Strafrechtstheorie und Praxis des Dritten Reiches anprangert. Er bringt einleitend eine kurze Geschichte des politischen Mordes. Seit einem Jahrhundert gab es in der Kulturwelt keine politische Richtung mehr, die ein Recht zum Mord anerkannt hätte. Dem Hakenkreuz blieb es vorbehalten, den „Schädlingstod“ zu erfinden und den Fememord zu romantisieren. Die nationalsozialistischen Rechtsanwälte Grimm und Luetgebrune leisteten Erstaunliches in der Verteidigung von „Schädling“- und Fememördern und entsprachen damit der Blutmoral ihrer NSDAP. Hitler war es, der die vielsachen Mörder von Potempa telegraphisch seiner Sympathien versicherte — aber seine Bewegung ist „von keiner Bluttat befleckt“...“

Das Dritte Reich erhob die politische Mordtat zur Staatseinrichtung. Die Morde in den Konzentrationslagern wurden von den Justizorganen geduldet und zur

Rechtfertigung wurde eine entsprechende Lagerordnung erfunden, in der für 72 Disziplinarvergehen ausschließlich Todesstrafe angedroht wird, die auch in „Zweifelsfällen“ vollzogen werden soll. Und wie stehts mit der politischen Schlächtereil vom 30. Juni 1934? Die Hitlersche Justiz fabrizierte nachträglich eine Theorie und ein Gesetz, die diese Fussluden als Staatsnotwehr für rechtens erklart, womit künftig jede Massenschlächtereil der Despoten zu rechtfertigen ist. Hans Kilian wendet sich mit der Schärfe juristischer Klarheit gegen die abgrundtiefe braune Verlogenheit und bezeichnet die Rechtsauffassungen des Dritten Reiches als verbrecherisch und anarchistisch verkommen.

„Es bleibt ein Ruhmestitel für die Grundsatzfestigkeit der gesamten Gegnerschaft des nationalsozialistischen Regimes, daß sie sich durch die Summe des von den Machthabern und ihrem Anhang verübten anarchistischen Terrors ihrerseits nicht auf die Bahn des individuellen Terrors hat abdrängen lassen, daß sie, aller ihr angekanen Unbill zum Trotz, den Kampf gegen die Henker und Henkersknechte auf den Gebrauch geistiger und organisatorischer Waffen beschränkt hat...“

Der Verfasser will mit der Schrift das Attentat Frankfurters weder beschönigen noch rechtfertigen, er fordert Gerechtigkeit; er will auch keiner einzelnen Partei dienen, sondern will der gesamten Weltöffentlichkeit die Gemeingefährlichkeit dieser braunen Rechtsverwilderung und Verkommenheit zum Bewußtsein bringen. Br.

Reichsbeamte und Gemeindepersonal im Dritten Reich

Parteibuchbeamte — Feldwebel — Gemeine

In den »Sondernachrichten der Deutschen Arbeits-Korrespondenz« vom 3. September werden soeben weitere Ausführungsanweisungen zur Hitler-Verordnung vom Oktober 1934 über Ziel, Wesen und Aufgaben der Deutschen Arbeitsfront erlassen, die fast in jedem Paragraphen den Totalitätsanspruch der DAF betonen und so den Zwangscharakter dieser Scheingewerkschaft noch deutlicher, als bisher feststellen. Gegenüber der in der Arbeiterschaft bestehenden Unzufriedenheit mit der Arbeitsfront wird auch endgültig erklärt, daß sie keine Arbeitervertretung sein will.

»Hierbei sei noch besonders darauf hingewiesen, daß die DAF sich nicht mit der Leistungsgemeinschaft einzelner Gruppen von Deutschen, wie der Industriearbeiter, zu befassen hat, vielmehr ist ausdrücklich die Rede von der Leistungsgemeinschaft aller Deutschen... (§ 2)«.

Nicht ganz so laut und offen wird über das Schicksal der Beamten und Arbeitnehmer in den öffentlichen Betrieben gesprochen. Es blieb dem Internationalen Arbeitsamt in Genf vorbehalten, kürzlich in einer Veröffentlichung über die Beamtenberufsverbände im Dritten Reich etwas Licht in das bisherige Dunkel dieser völligen Entrechtung der Reichsbeamten zu bringen. Aus dem Bericht geht hervor, daß nach der Zerschlagung der früheren Beamtenorganisationen mit dem im Oktober 1933 errichteten »Reichsbund der Deutschen Beamten« (RDB) alle Grundrechte, wie sie die Weimarer Verfassung den Beamten gewährt hatte, restlos aufgehoben sind. Nach der republikanischen Verfassung hatte das Reich nicht nur auf das Recht, die Grundsätze für die Beamtengesetzgebung aufzustellen, sondern es waren bereits in der Verfassung wichtige Grundrechte festgelegt. Nach Art. 128 war allen Staatsbürgern ohne Unterschied entsprechend ihrer Befähigung die Zulassung zu öffentlichen Ämtern gesichert. Im Art. 129 waren die Beamtenrechte garantiert, im Art. 130 war den Beamten im Zusammenhang mit Art. 124 die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Koalitionsfreiheit gewährleistet. Es hieß ausdrücklich:

»Die Beamten sind Diener der Gesamtheit und nicht einer Partei.« Unter Aufhebung jeder Selbstbestimmung der Beamten sind unter Adolf Hitler die Satzungen des RDB vom Reichsinnenminister festgelegt worden. Der Leiter des Bundes wurde, wie der Bericht besagt, als »Führer« eingesetzt.

»In Deutschland erstreckt sich das Führerprinzip nicht nur auf die politische Leitung... sondern auch auf alle irgendwie durch Organisation erfassbaren Lebensgebiete, selbstverständlich auch auf die Berufsorganisationen der Beamten und öffentlichen Angestellten.«

Die Reichsbeamten wurden zu Knechten der Partei gemacht. So ist 1934 das Statut des Reichsbundes geändert worden. Es erhielt folgende Präambel:

»Der RDB ist eine parteibetreute Organisation. Er wird von einem einzigen Leiter geführt.«

Die Funktionärposten des RDB werden durch das »Hauptamt für Beamte«, also durch eine Stelle der NSDAP besetzt. Alle Beamte des Reiches, der Reichsbahn, der Reichspost, der Reichsbank, der Länder, der Gemeinden und der öffentlichen Körperschaften müssen Mitglieder des Bundes sein. Das gleiche gilt für Beamtenanwärter und Dauerangestellte.

Lehrer, Pfarrer und Juristen können Mitglieder des RDB werden, wenn sie vorher dem Nazi-Lehrer- oder Juristenbund angehörten.

»Die Mitgliedschaft zum RDB oder zu einer der beiden genannten Organisationen und außerdem zum RDB ist Zwang.«

Der RDB wird nach dem Führergrundsatz geleitet. Der Hauptamtsleiter, der Führer des Bundes, wird vom Führer der Partei ernannt. Sinngemäß erfolgt die Bestellung der übrigen Amtswalter. Der Leiter beruft zwar einen Führerrat, doch liegen alle Entscheidungen allein beim Führer. Der Mitgliedsbeitrag von 2,30 RM ist für die Parteimitglieder auf 1,30 RM ermäßigt.

Unter den Aufgaben des Reichsbundes steht an der Spitze:

»Erziehung der Mitglieder zu vorbildlichen Nationalsozialisten und Durchdringung der gesamten Beamtenschaft mit nationalsozialistischem Gedankengut.«

Von irgend welchen sozialpolitischen oder gar gewerkschaftlichen Aufgaben des RDB

ist nicht die Rede. Er darf weder die wirtschaftlichen oder sozialen Interessen gegenüber den Behörden vertreten, noch darf er ihnen Rechtsschutz gewähren. Die Besoldungs- und Arbeitsverhältnisse der Beamten werden nach dem allein maßgebenden Willen des Führers bestimmt. Die deutschen Beamten sind noch minderen Rechts, als die in die Arbeitsfront gezwungenen Arbeiter und Angestellten, sie sind jeder noch so bescheidenen Berufsvertretung beraubt. Die Beamten sind der Partei nicht nur in Ausübung ihrer dienstlichen Pflichten verantwortlich, sondern auch für ihr Privatleben, das sie den nationalsozialistischen Parteianschauungen entsprechend einzurichten haben. So der Bericht des Internationalen Arbeitsamtes über die »Beamtenorganisation in Deutschland, jenes Deutschland, in dem das Parteibuchbeamtentum endgültig abgeschafft sein soll.

Für das Personal in den Gemeindebetrieben ist auf Grund des Gesetzes »zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933 der Begriff der »politischen Unzuverlässigkeit« eingeführt worden. Nach dem »Sondergesetz zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Betrieben« entscheidet der »Führer« des öffentlichen Betriebs autoritativ. Der Führer »sorgt für das Wohl« der Beschäftigten. Diese haben ihm »die Treue zu halten«. Von einer Gegenseitigkeit des Treueverhältnisses ist nicht die Rede. Die »Vertrauensräte« sind gleich ihren Kollegen im Privatbetrieb Puppen des Führers. Der Sondernachrichtler für öffentliche Betriebe kann Vertrauensratsmitglieder »wegen sachlicher oder persönlicher Ungeeignetheit« jederzeit aberufen. Die Herausgabe einer Dienstordnung ist Kannvorschrift, der Betriebsführer kann also auch davon absehen

und alles der Willkür überlassen. Ueber die rechtliche Auswirkung der sogenannten »Treupflicht« zur Arbeitspflicht gibt der führende Arbeitsrechtler Nipperdey in der »Deutschen Juristenzeitung«, wie folgt, Auskunft:

»Im allgemeinen wird der Inhalt der Arbeitspflicht dahin zu bestimmen sein, daß der Beschäftigte sie unter Aufwendung aller ihm gegebenen geistigen und körperlichen Fähigkeiten zu erfüllen hat — hier steht der Umfang der Arbeit nicht im Ermessen der Beschäftigten.«

Deutlicher läßt sich die »Treupflicht« als Zwangsarbeit von Unfreien nicht mehr charakterisieren. Arbeitszwang bis zur Erschöpfungsgrenze, das ist der Sinn der Treupflicht. Die Arbeiter in öffentlichen Betrieben dürfen gegenüber ihren Betriebsführern die sogenannten Ehrengerichte nicht anrufen, sofern der Führer Beamter oder Soldat ist, auch sonst steht ihnen das Recht ehrengerichtlicher Verfolgung nur zu, wenn die Aufsichtsbehörde zustimmt. Die Ehrengerichte stehen also in der Praxis nur den Betriebsführern bei Maßregelung ihrer Gefolgschaftsmitglieder zur Verfügung. Die Arbeiter und Angestellten in den Gemeindebetrieben sind unter Hitler zu Untertanen ihrer Vorgesetzten geworden.

Diese organisatorische Entmachtung des Gemeindepersonals gewinnt in der gegenwärtigen Periode der Aufrüstung, der Sparprogramme und des Lohndrucks erhöhte Bedeutung. So deutete Oberbürgermeister Wagenführ-Düsseldorf kürzlich in einer Rede an,

»daß das Reich allmählich mit den Aufwendungen zur Belegung der Wirtschaft nachlassen wird und den Gemeinden diese Aufgabe überläßt.«

Die Gemeindearbeiter haben also damit zu rechnen, daß die kommunale Diktatur

weiterhin aus Ersparungsgründen auf die Löhne drücken wird und darüber hinaus die Reprivatisierung der gemeindeeigenen Unternehmungen munter fortgesetzt werden dürfte. Die Arbeiter sind in beiden Fällen die Leidtragenden.

Adolf Hitler hat den Gemeindearbeitern und »Angestellten Recht und Freiheit genommen. Aber Dr. Robert Ley stellt in seiner neuesten Anweisung fest, daß ihnen der Betriebsführer und der Betriebsobmann geblieben ist. Dieser Trost wird von Ley folgendermaßen ausgesprochen:

»Friedrich Wilhelm schuf zum ersten Male den Begriff des etatsmäßigen Feldwebels. Dieser etatsmäßige Feldwebel war als der Fürsprecher der Mannschaft beim Kompanieführer gedacht und so bildeten sich die Begriffe des »Vaters der Kompanie« für den Kompanieführer und der »Mutter« für den Feldwebel... So möchte ich das Verhältnis des Betriebsobmannes zum Betriebsführer angesehen haben. Betriebsführer ist der Kompanieführer des Betriebes. Betriebsobmann ist der »Etatsmäßige« des Betriebes.«

Gut gebrüllt, Herr Ley, aber wo bleibt der Rest der Mannschaft? Nach dem Wörterbuch der Heeresverwaltung, dem die Definierung des »Etatsmäßigen« entnommen ist, gehören zu den Personen des Soldatenstandes nicht nur Offiziere, Feldwebel, Unteroffiziere, Gefreite und Obergefreite (Seite 170), sondern als »unterste Klasse« auch die Gemeinen. Die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe im Dritten Reich sind die Gemeinen. Adolf Hitler ringt um die »Ehre der Arbeit«.

Das wahnwitzige Messer

Eine 35jährige Berlinerin wurde vor dem Anbruch des Dritten Reiches wegen krampfartiger Anfälle erwerbsunfähig geschrieben. Sie erhielt eine Rente von 30 M monatlich. Seit ihrem 20. Jahre ist sie infolge eines Frauenleidens unfruchtbar. Trotzdem erhielt sie im Jahre 1936 die Aufforderung, sich dem Vertrauensarzt der Versicherung vorzustellen, um sich sterilisieren zu lassen. Sie protestierte mit dem Hinweis darauf, daß ihre Unfruchtbarkeit laut ärztlichem Attest feststehe. Sie erhielt zur Antwort: »Sterilisiert werden Sie auf alle Fälle. Ihr ursprüngliches Leiden (also die Unfruchtbarkeit) werden wir vorher operativ beseitigen.«

Verlagsanstalt »GRAPHIA« Karlsbad

Deer neue Bücher:

FRIEDRICH STAMPFER

DIE 14 JAHRE

DER ERSTEN DEUTSCHEN REPUBLIK

640 Seiten. Großformat. Für die CSR kartoniert: K 80.—, Leinen: K 105.—, England: £ —16.6 (Leinen £ —19.3), Dänemark: Kr. 16.50, (21.60), Holland: hfl. 5.50 (7.—), Polen: Zl. 20.— (25.50), Schweiz: Fr. 11.25 (14.80), USA \$ 3.65 (4.80) und für andere Länder in entsprechender Umrechnung.

Friedrich Stampfer war als Chefredakteur des Berliner »Vorwärts« (1916 bis 1933), als Reichstagsabgeordneter und Mitglied des Sozialdemokratischen Parteivorstandes an allen Kämpfen beteiligt, die die erste Deutsche Republik, von ihrer Entstehung bis zu ihrem Sturz nach innen und nach außen zu führen hatte. Sein inhaltsreiches Buch ist erlebte Geschichte. Keines der zur Rechtfertigung geschriebenen Memoirenwerke, sondern ein gewissenhafter Tatsachenbericht, der ausführlichste und tiefgehendste, über die in jeder Hitlerrede geschmähten und doch so bedeutungsvollen »VIERZEHN JAHRE«. In einem kurzen Vorwort bekennt sich Stampfer zur vollen Mitverantwortung gegenüber allen Vorwürfen, die von Freund und Feind gegen die sogenannten »Schuldigen« am Fall der Deutschen Republik erhoben werden. Im übrigen drängt er dem Leser seine Meinung nicht auf. Er liefert ihm die Grundlagen zur Bildung eines eigenen Urteils. Ein ausführliches Personen- und Sachregister machen das Buch zum unentbehrlichen Hand- und Nachschlagewerk der Deutschen Geschichte bis 1933.

ALEXANDER STEIN:

ADOLF HITLER.

SCHÜLER DER »WEISEN VON ZION«

120 Seiten. Broschiert für die CSR: K 18.—, England: £ —3.3, Holland: hfl. 1.20, Polen: Zl. 4.40, Schweiz: Fr. 2.50, USA: \$ —80.

Das Thema dieser Schrift ist nicht etwa künstlich konstruiert. Durch Gegenüberstellung der wichtigsten programmatischen Erklärungen Hitlers und Rosenbergs mit den politischen Rezepten in den legendären »Protokollen der Weisen von Zion« wird tatsächlich der Beweis erbracht, daß diese mit Theorie und Praxis des Nationalsozialismus übereinstimmen und: durchgeführt werden. Die erste quellenkritische Untersuchung, die das Weltbild Hitlers, die Methoden seiner Politik und die Ursachen seines Erfolges aufdeckt und erkennen läßt, was von ihm und dem Nationalsozialismus an Ueberraschungen noch zu erwarten ist.

GREGOR BIENSTOCK:

EUROPA UND DIE WELTPOLITIK
DIE ZONEN DER KRIEGSGEFÄHR

84 Seiten, mit vier Kartenskizzen. Für die CSR brosch.: K 15.—, England: £ —2.9, Holland: hfl. 1.—, Polen: Zl. 3.65, Schweiz: Fr. 2.10, USA: \$ —70.

Gregor Bienstock entwickelt hier sehr klar und übersichtlich die Kernprobleme der heutigen Weltpolitik. Jedermann, der Anteil nimmt an dem Weltgeschehen, das heute oder morgen sein eigenes Schicksal werden kann, braucht einen Führer durch das Labyrinth der Außenpolitik: Hier findet er ihn.

BESTELLUNGEN DURCH JEDE BUCHHANDLUNG

Zeitschrift für Sozialismus

Das Juli-August-Heft der wissenschaftlichen Monatsschrift der reichsdeutschen Sozialdemokratie enthält folgende Aufsätze:

Wim Müller:

Der spanische Freiheitskampf

Fritz Aisen:

Volksfrontpolitik in Frankreich

Kurt Stein (Halla):

Sturm über Palästina

Paul Hagen:

Integraler Sozialismus

Bücherschau

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt durch die Verlagsanstalt »Graphia«, Karlsbad. Preis des Heftes 4 K.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 150.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR K 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung K 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland K 2.— (K 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.84), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Zürich Nr. VIII 14.997. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad. Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad. Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.